

**Bezugspreis:**  
Für den Monat Juli 30 000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Westfalen sowie Österreich und Luxemburg 35 000 M., für das übrige Ausland 40 000 M. Postbezugspreis frei bleiben d. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 20. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Raumzeitung kostet 7000 M. Restanquell 35 000 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 2400 M. (zweifach zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 1200 M., Stellungsführer des ersten Wortes 1300 M., jedes weitere Wort 800 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 1300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin G.M. Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Englisch-deutsche Verhandlungskrise? Oder Pariser offiziöse Stimmungsmache?

Paris, 19. Juli. (Ca.) Die französischen Abendblätter sprechen übereinstimmend von einer angeblichen englisch-deutschen Krise. Diese sei bei den Verhandlungen eingetreten, die augenblicklich in London zwischen der englischen und deutschen Regierung geführt würden, und die eine Lösung des Ruhrkonfliktes auf folgender Grundlage voraussetzen:

Deutschland solle den passiven Widerstand aufgeben, wofür Frankreich seinerseits verschiedene Zugeständnisse machen würde. Zunächst würde die Ruhrbesetzung „unsichtbar“ werden und die französisch-belgischen Truppen nur auf Grund eines Mandates des Völkerbundes im Ruhrgebiet bleiben. Am Quai d'Orsay beständige man heute abend dem Korrespondenten der „Egypht-Korrespondenz“, man sei in der Tat darüber unterrichtet, daß Verhandlungen in diesem Sinne augenblicklich in London zwischen englischen und deutschen Persönlichkeiten im Gange seien. Möge es nun die Botschaft oder andere, weniger qualifizierte Persönlichkeiten sein, die als Beauftragte der deutschen Regierung in diesem Zusammenhang auftreten, für Frankreich sei eine Kombination dieser Art und in dieser Form vollkommen unannehmbar. Zwar bleibe Frankreich im Prinzip weiterhin bereit, die Form der Besetzung zu ändern, falls Deutschland den passiven Widerstand aufgeben würde. Aber, so erklärt man am Quai d'Orsay weiter, Frankreich könne nicht darauf eingehen, daß Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes von einer Reihe von Bedingungen abhängig mache. Außerdem könne Frankreich nicht damit einverstanden sein, daß Deutschland über den passiven Widerstand mit England anstatt mit Frankreich verhandle. Was der Völkerbund im Ruhrgebiet zu tun habe, erklärt man am Quai d'Orsay weiter, sei nicht recht ersichtlich. Man hat übrigens an den amtlichen französischen Stellen keine positiven Nachrichten darüber, daß, wie mehrere Blätter gemeldet haben, England eventuell bereit sei, nach Aufgabe des passiven Widerstandes an der unsichtbaren Besetzung teilzunehmen.

Es ist sehr sonderbar, daß man am Pariser Quai d'Orsay über deutsch-englische Verhandlungen berichten kann, von denen man in Berlin nichts weiß. Wir glauben auch nicht, daß solche Verhandlungen stattgefunden haben, wenn es auch selbstverständlich ist, daß sich die englische Regierung über die in Deutschland herrschenden Auffassungen an allen ihr zugänglichen Stellen, also zunächst beim deutschen Botschafter in London, informiert.

Der passive Widerstand ist, das wird auch der englischen Regierung bekannt sein, in seinem Kern weiter nichts als die natürliche Gegenwirkung auf den von Frankreich ausgeübten Druck. In diesem Sinne ist er eine Naturerscheinung, die vom Erlaß oder der Zurücknahme von Verordnungen unabhängig ist. Sein Verschwinden kann nicht das Ergebnis von diplomatischen Verhandlungen sein — es wäre denn, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen von der Ruhrbevölkerung den ungeheuren seelischen Druck nähme, den die militärische Willkürherrschaft auf sie ausübt. Die Forderung der französischen Gewaltpolitik nach einer „bedingungslosen“ Einstellung des passiven Widerstandes ist daher ein psychologischer Widerstand.

Eine realpolitische Lösung des Ruhrkonfliktes muß mit den Gefühlen der Ruhrbevölkerung vereinbar sein. Will man in England Realpolitik treiben, so wird man diese Tatsache dort sicher nicht übersehen wollen.

### Noch immer kein Ergebnis.

London, 19. Juli. (W.B.) Das Kabinett erörterte heute in 2 1/2stündiger Sitzung die Dokumente, die an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gefandt werden sollen, nämlich den Entwurf der Antwort an Deutschland, einen Mantelbrief an die Alliierten und eine erläuternde Denkschrift. Sämtliche drei Schriftstücke sind von Lord Curzon entworfen worden. Keiner ist fähig, daß keine Entscheidung erreicht worden ist, und daß es nicht sehr überraschend sein würde, wenn die Abfertigung an die Alliierten und an die Vereinigten Staaten bis zur nächsten Woche verschoben werden sollte.

Eine Londoner All.-Redung sagt noch: Bevor der Entwurf an die Alliierten und an Amerika abgehen wird, wird erst eine neue Kabinettsitzung stattfinden. Die Hauptschwierigkeit bildet, wie man hört, die Rahmennote, in der England seinen Entschluß begründet, den europäischen Frieden wieder herzustellen, wobei jede Schärfe gegen Frankreich vermieden werden soll. Die erwähnte Denkschrift ist eine lange, sorgfältig vorbereitete Auslassung der Sachverständigen des Schahamtes und des Handelsamtes über die englische Auffassung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit und die Art und Weise, wie es bezahlet soll. Es verfaßt, daß Curzons Note an Deutschland von verschiedenen Mitgliedern des Kabinetts, darunter auch Baldwin als zu mild beurteilt werde. In unterrichteten Kreisen des Schahamtes vernimmt man hierzu, daß man die deutsche Leistungsfähigkeit heute etwas höher einschätze als früher und daß man sich jetzt mehr dem belgischen Schema nähere.

London, 19. Juli. (Ill.) Die Behauptung des französischen Auswärtigen Amtes, nach der Deutschland in London mit der englischen Regierung geheime Besprechungen mit dem Ziele pflege, gegen das Versprechen, an der Ruhr zu kapitulieren (1), die Zusage Englands zu erhalten, daß es Frankreich veranlassen werde, seine Truppen zurückzuziehen und die Wiederaufrichtung der deutschen Zivilgewalt zu gestatten, wird in London als un wahr erklärt.

### Poincarés faule Ausrade.

Am Montag abend verbreitete die Egypht-Korrespondenz eine kurze Meldung aus Paris, wonach Poincaré Pressevertretern gegenüber erklärt hätte, seine am Sonntag in Senlis gehaltenen Rede sei vor der Erklärung Baldwins im Unterhaus verfaßt gewesen und könne daher nicht als eine Antwort auf letztere angesehen werden.

Da Baldwins Rede drei Tage vor Poincarés Ausführungen in Senlis gehalten worden war, glaubten wir, daß diese Nachricht der Egypht-Korrespondenz auf einem Mißverständnis bei der telephonischen Uebersmittlung beruhe und nahmen daher von einer Wiedergabe Abstand. Denn wir hielten es für ausgeschlossen, daß Poincaré eine so faule Ausrade, die beinahe wie ein schlechter Witz klingt, in einer so ernsten Situation gebrauchen würde. Wenn wollte der französische Ministerpräsident weismachen, daß er eine längst angekündigte, von der ganzen Welt mit Spannung erwartete Kundgebung seines englischen Kollegen, die ihm spätestens am Donnerstag abend bekannt geworden sein mußte, nicht mehr zwecks Umarbeitung seiner eigenen am Sonntag gehaltenen Rede berücksichtigen konnte?

Und doch geht aus einer Bemerkung des „Daily Chronicle“ hervor, daß diese unglaubliche Behauptung amtlicherseits in Paris tatsächlich aufgestellt worden ist. Es heißt darin:

„Die an offizieller französischer Stelle veröffentlichte Erklärung, daß die Rede Poincarés in Senlis vor der Erklärung Baldwins im Unterhaus verfaßt worden sei und somit nicht als eine Antwort auf diese Erklärungen angesehen werden könne, habe in England niemand getäuscht. Tatsächlich glaube man, daß Poincaré zu der Uebersetzung gekommen sei, er sei am letzten Sonntag in Senlis zu weit gegangen.“

Wenn nun jene Erklärung einen Rückzug Poincarés bedeuten sollte, so muß allerdings gesagt werden, daß diese „Umgruppierung“ mit seltener Ungeschicklichkeit vollzogen worden ist.

### Nationalwahlen in Oesterreich.

Wien, 19. Juli. (W.B.) Der Nationalrat beschloß, die Nationalwahlen auf den 21. Oktober festzusetzen.

### Lieferstreik der Druckpapierfabriken.

Die wahnwitzige Uebertreibung der Zeitungsdruckpapierpreise hat die deutsche Presse an den Rand des Abgrundes gebracht. Immer mehr Zeitungen sind die Hände einiger weniger Industrieller und Finanzgruppen geraten, andere stehen vor der Gefahr, ihre Betriebe einstellen zu müssen. Um die Verteuerung des Papierpreises aufzuhalten, hat das Reichswirtschaftsministerium einen Höchstpreis von 7600 M. für 1 Kilogramm Zeitungspapier mit Gültigkeit vom 15. Juli bekanntgegeben, nachdem die Zeitungserleger sich energig gegen einen höheren und mit dem Dollarkurs sich fast täglich verändernden Preis gewehrt hatten. Diese Profitindustrie hat sich damit nicht beruhigt. Im Gegenteil! Aus dem Kreise unserer Geschäftsleitungen erhalten wir Zuschriften, daß die Papiermagnaten die Lieferungen einfach einstellen. Auch den bürgerlichen Zeitungen ist die Zufuhr gesperrt worden. Dieser Höchstpreis von 7600 M., der nur vom 15. bis 31. Juli gelten soll, ist noch nicht einmal ein fester; er soll vielmehr bei eintretenden Erhöhungen von Löhnen, Kohlen und Frachten noch heraufgesetzt werden. Aber Sinnes, der als Zelluloseproduzent die treibende Kraft ist, tut nicht mit. Was wird das Reichswirtschaftsministerium tun, um seine Autorität zu wahren? Wird es vor den Geldsachinteressen der Papier- und Zellulosefabrikanten kapitulieren? Die Presse kommt bei diesem Lieferstreik zum Erliegen. Zuerst sicher im besetzten Gebiete, wo die sonst allein liefernde Fabrik Reisholz den Zeitungen ebenfalls die Papierlieferungen einstellt.

Daß die Papierindustrie die deutsche Öffentlichkeit im Zeichen des Abwehrkampfes an der Ruhr gegenüber dem In- und Ausland buchstäblich mundtot macht, sollte gerade nach. Es spricht gerade nicht für den Patriotismus der Papierfabrikanten, daß sie es kaltblütig darauf ankommen lassen.

Wir erwarten vom Reichswirtschaftsminister, daß er die Staatsautorität gegen den Papierkapitalismus durchsetzt. Mittel stehen ihm zur Verfügung: Ausfuhrsperrre, Beschlagnahme von Papier, Entziehung der Rohmateriallieferungen und schließlich, was zur Verhinderung willkürlicher Betriebsstillegungen erforderlich wäre, die Sozialisierung der Papierindustrie.

## Schulden und Schuldige.

Von Robert Schmidt.

Wohin soll das führen? So fragt mit hohem Gefühl jeder, der den Kurszettel und unsere Finanzlage betrachtet. Der letzte Reichsbankausweis gibt eine Zunahme der Banknoten um rund 3 Billionen an, in der Woche vorher waren es 4 Billionen. Das geht nun seit Wochen und Monaten in steigendem Tempo, so daß der Notenumlauf auf 20 Billionen angewachsen ist. Wer ist heute nicht Millionär? — Aber jeder wird sehr bald spüren, daß man ihn genarrt hat, denn wenn es ans Ausgeben geht, verschwinden die Hunderttausender wie phantastische Nebelgestalten. Dieser Reichtum bringt uns um, er hebt jeden Maßstab für die Werterschätzung auf und fördert dabei Spiel und Spekulation in nie gekanntem Umfang.

Im Oktober vorigen Jahres, als das Kabinett Birth zurücktrat, hatten wir einen Notenumlauf von einer Billion Mark, das Kabinett Cuno ist jetzt in neun Monaten seiner Amtstätigkeit bei 20 Billionen angelangt, ohne daß man behaupten kann, mit dieser Anspannung des Kredits wäre das Vertrauen kapitalistischer Kreise gewachsen; im Gegenteil, gemessen an der Mark, ist die Werterschätzung reichend abwärts gegliedert. Uebrigens hätte es einem Kabinett mit sozialdemokratischem Einschlag auch nicht gehen können; nur hätten wir weniger rücksichtsvolle Kritiker gehabt, denn die bürgerliche Presse hätte wohl nicht darauf verzichtet, ihr Lied abzuleiern, daß die in Wirtschafts- und Finanzfragen unfähigen sozialdemokratischen Minister die Schuld an dem Währungsverfall tragen.

Auch der Fehler des Kabinetts Birth war, daß ihm oft die notwendige Initiative fehlte, gegen kapitalistische Interessentriebe Finanz- und Währungsreform zu betreiben. Als 1921 im Frühjahr zur Lösung der Reparationsfrage von der Partei die Erfassung der Sachwerte gefordert wurde, wäre es vielleicht noch Zeit gewesen, den schweren Konflikt im Ruhrgebiet zu vermeiden, den wir kommen sahen, den aber Herr Sinnes zu jener Zeit noch nicht für das größte Uebel hielt. Damals wagten nur einige bürgerliche Blätter schüchtern unserer Forderung zuzustimmen; die Rot hat mittlerweile die Erkenntnis reifen lassen. Aber das Lehrgeld ist sehr hart, das wir zahlen.

Weshalb geht es uns in der Währungsfrage. Die Sozialdemokratische Partei übersieht nicht den zerstörenden Einfluß des französischen Vorgehens, unter dem die Mark zusammengebrochen ist. Aber Industrie, Handel und Landwirtschaft haben im Lande eifrig nachgeholfen, und die Regierung hat sich nicht zur Wehr gesetzt, als es noch Zeit war. Mit dem Sinken der Mark begann die Flucht aus der Mark in einem rapid steigenden Tempo. Ausländische Noten und Devisen wurden nicht allein aufgetauft, um die Wareneinfäufe im Ausland zu begleichen — ein sonst normaler Vorgang —, sondern es drängte das Anlage- und Sparkapital, soweit es nicht in der Anlage von Warenbeständen gebunden war, in die fremde hochvalutarische Währung. Die Gewerbetreibenden erklären, wir müssen uns gegen den Verfall unseres beweglichen Kapitals sichern, eine andere Anlage und Sicherung gibt es nicht. Der Einwand ist berechtigt und wird zur allgemeinen Uebung in Zeiten eines so enorm schnellen Verfalls der Mark.

Hiergegen gab es nur zwei Mittel: Herausgabe wertbeständiger Anleihen und Kontrolle des Devisenhandels. Mit der Kontrolle des Devisenhandels fing man an, obwohl der umgekehrte Weg, erst wertbeständige Papiere, der richtige gewesen wäre. Aber die Einfichtslosigkeit gegenüber der Herausgabe wertbeständiger Anleihen oder Schahanweisungen ist bei der Reichsbank und dem Reichsfinanzminister in so holder Eintracht beieinander, daß man geradezu erschrecken muß.

Es ist höchste Zeit zur Umkehr; der jetzige Zustand ist unerträglich! Wir müssen die Kapitalanlage in der Mark erhalten und der fremden Währung entziehen. Wo bleiben die wertbeständige Anleihe oder Schahanweisungen? Es ist nicht wahr, daß das Risiko bei fallender Mark unerträglich ist. Die Deckung muß in der beweglichen Steuer gesucht werden, aber selbst wenn daneben die Reichsbank einige Millionen Gold opfert, so wäre es kein Grund, sich ablehnend zu verhalten. Nehmen wir an, die Regierung wäre im März d. J. dazu übergegangen, eine Billion wertbeständiger Anleihen in Papiermark aufzulegen. Die Verzinsung zu 5 Proz. erforderte jährlich 50 Milliarden Papiermark bei einem Dollarkurs von 20 000 bis 21 000 M. In Gold umgerechnet 10 Millionen Mark. Diese 10 Millionen Mark bleiben unerschüttert auch bei dem gegenwärtigen um das Zehnfache erhöhten Kurs des Dollars. Wir hätten sogar 1922 unsere ganze schwebende Schuld mit einem lächerlich geringen Risiko in eine wertbeständige Anleihe von einer Billion umwandern können. Sieht man diese einfachen Vorgänge am Geldmarkt nicht oder gehört das Börsenspiel zu den heiligen Gütern der Nation? Oder ist der Interessentriebe derjenigen, die beim Sturz der Mark ihre Profite heimbringen, bereits so groß und so mächtig, daß sich keine gesunde Reform mehr Bahn brechen kann? Ist der Reichsbank nicht bekannt, daß der Devisen-



Handel der Banken sich zu 60 Proz. im reinen Kettenshandel befaßt? Die Bank A verkauft einen Posten Devisen an die Bank B mit dem inzwischen eingetretenen Kursgewinn. Der Posten geht an C, von da an D und langt wieder bei A an. Während der Zeit wendet sich der Kurs wie eine Spirale in die Höhe. Jeder gewinnt und keiner will auf dieses einträgliche Geschäft verzichten. Hat die Reichsbank wirklich nicht die Mittel, dagegen vorzugehen? Deshalb unternimmt sie nichts und weshalb gewährt sie für diese und ähnliche Transaktionen noch billige Kredite? Der Einheitskurs — gut. — Aber dann scharfe Kontrolle der Devisenablieferung aus dem Export!

Schon werden die Kräfte mobil gemacht, um jede Hemmung im kapitalistischen Betriebe zu beseitigen. Gelängt es, dann bekommt die Markt einen weiteren Stoß abwärts und die Umkehr zur Befundung wird immer aussichtsloser. Helfen kann uns nur ein entschlossenes Zugreifen, Halbheiten verschlimmern das Uebel.

### „Wie ich es auffasse“.

Zu der am Mittwoch abend von der Reichsregierung durch WTB. verbreiteten Erklärung über den Bürgerkrieg schrieb die „Deutsche Zeitung“:

Es steht außer Frage, daß sich die obige Auslassung gegen die Kommunisten richtet. Wir hoffen, daß die Reichsregierung die staatlichen Machtmittel sowohl wie die kommunistische Gefahr richtig einschätzt, so daß ihre Zuverlässigkeit gerechtfertigt ist.

Zur gleichen Stunde erschien in der „Kreuzzeitung“ folgender Kommentar:

Der obige Erlaß wendet sich wieder vornehmlich an rechtsgerichtete Kreise, die gegen die Kommunisten aber werden mit keinem Wort erwähnt. Die Frage, wer von beiden zum Bürgerkrieg aufzufordern, ist doch wirklich nicht schwer zu beantworten. Der „Feind“ steht immer noch rechts, so meint man, während die wirklichen Feinde von links „politische Kinder“ bleiben. Der deutschösterreichische Reichstagsabgeordnete Müller hat in seiner Sorge um das Vaterland das Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, die „rote Fahne“ aber heftig täglich zum Umsturz. Man hat sich wohl anstrengt in der Tür geirrt.

Der „Vokal-Anzeiger“ war mit der Solidaritätserklärung der Reichsregierung mit Severing sichtbar unzufrieden, denn es müßte die Frage gestattet sein, „ob von seiten des preussischen Innenministeriums in den letzten Wochen und Tagen alles geschehen ist, was nach der ganzen Tendenz dieser Regierungserklärung hätte geschehen müssen, um gewissen Abhängen der extremen Linken rechtzeitig die Spitze zu bieten“.

Während die demokratischen Morgenblätter — „Berliner Tageblatt“, „Börsische Zeitung“, „Morgenpost“ — ebenso wie wir das auffallende Stillschweigen der Regierungserklärung über Bayern rügten, verzeichnet es die am Abend erscheinende volksparteiliche „Zeit“ mit Genugtuung, daß diese Mahnung sich ganz besonders an Sachsen und Thüringen richte. Als Beweis für die Gefährlichkeit der Lage in Thüringen wird die Wiederernennung des „sattsam bekannten“ Müller-Brandenburg zum Obersten der Thüringischen Landespolizei als ein „nicht gerade vertrauenerweckendes“ Symptom angeführt.

Dagegen meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Weimar, daß die Ernennung Müller-Brandenburgs, der bekanntlich seinerzeit das Opfer einer nichtswürdigen Heße anlässlich des Märzputsches von 1921 gewesen war, „auf besondere Wunsch der Reichsregierung erfolgt“, so daß „ihm auch von dieser Seite volle Genugtuung zuteil geworden“ sei!

Aus dieser kleinen Zusammenstellung ersieht man, wie klarungsbedürftig die offizielle Ausrufung zur Frage der Bürgerkriegsgefahr ist. Mag sein, daß der Reichskanzler Cuno in diesem Falle wieder einmal ein schautel politisches Kunststück vollbringen wollte, das jeder so lesen sollte, „wie er es auffaßt“: Verbeugung nach links durch die

Beteuerung der Solidarität mit Severing, Verbeugung nach rechts durch die zweideutige Erwähnung Sachsens und Thüringens und durch die unzweideutige Nötterwähnung Bayerns. Und das Resultat? Eine noch größere Verwirrung, wie die obigen Zitate beweisen.

### Verfassungstag — aber nicht gesetzlich!

Der Parteivorstand schreibt uns:

Aus verschiedenen Parteiorganisationen werden wir angefragt, ob der 11. August gesetzlicher Feiertag sei. Das ist nicht der Fall. Der im Rechtsausschuß erledigte Gesetzentwurf über die gesetzlichen Feiertage ist vom Reichstag nicht verabschiedet worden, weil über die Gestaltung des Gesetzes ein Einvernehmen unter den Parteien nicht zu erzielen war. Vom Parteivorstand aus sind die Organisationen in keiner Weise angeregt worden, den 11. August durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Verfassungsfeiern der Partei sind als Abendfeiern gedacht.

### Amtliche Erklärung zum Fall Spahn.

Einleitende Verhandlungen . . .

Zum Fall Martin Spahn teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit:

Sofort nach Eingang des Antrags auf Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen Professor Dr. Martin Spahn sind die einleitenden Verhandlungen in vollem Umfange darüber aufgenommen worden, ob die Voraussetzungen für eine Disziplinaruntersuchung gegeben seien. Der Abschluß der Verhandlungen verzögerte sich, weil die Abschätzung Kölns Besprechungen an Ort und Stelle nicht zuließ. Nunmehr liegen die Verhandlungen jedoch unmittelbar vor ihrem Abschluß.

Die amtliche Erklärung bestätigt die Annahme, daß das preussische Kultusministerium die Angelegenheit bisher sehr dilatorisch behandelt hat. Seit dem ersten Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens sind ungefähr fünf Monate verstrichen! Die Abschätzung Kölns entschuldigt also sehr wenig, und die Unversität Köln ist im Recht, wenn sie verlangt, daß ihre Interessen vom preussischen Staat intensiver vertreten werden.

### Verordnungen zur Wohnungsnot.

Der Reichstag hat kurz vor seiner Verjagung auf dem Gebiete des Wohnungswesens zwei nicht unwichtige Gesetze angenommen. Das erste verlängert die Geltungsdauer der Wohnungsmangelverordnung über den 31. Dezember d. J. hinaus und paßt im übrigen ihren Wortlaut der inzwischen durch das Mieterschutzgesetz erfolgten Neuordnung des Mietwesens an. Es erleichtert ferner den Wohnungsaustausch; dieser ist von den Wohnungsbauämtern zu genehmigen, wenn es sich um selbständige, bewohnte Wohnungen handelt, und wenn die Vermieter mit dem Tausch einverstanden sind oder die Zustimmung der Vermieter durch das Mieteinigungsamt erlangt ist. Außer den Flüchtlingen sind auch Familien mit drei oder mehr Kindern vorzugsweise unterzubringen. Werden einzelne Räume einer Wohnung oder abgeschlossene Wohnungen, die durch Teilung oder Ausbau gewonnen sind, dem Wohnungsausschuß freiwillig zur Verfügung gestellt, so kann der bisherige Inhaber der Wohnung sich einen Mieter aus der Wohnungsliste selbst auswählen. Ausdrücklich bestimmt wird, daß Gebäude, die nach dem 1. Juli 1918 gebaut sind oder in Zukunft gebaut werden, nicht beschlagnahmt werden dürfen. Die neue Vorschrift tritt am 1. September d. J. in Kraft.

Durch ein zweites Gesetz ist der für die Wohnungsbauabgabe bisher vorgeschriebene Satz von 1500 Proz. der Friedensmiete mit sofortiger Wirksamkeit der Geldentwertung angepaßt und auf 9000 Proz. erhöht worden.

Das Reichsgericht beurteilte den Kaufmann Richard Starb, der im Auftrage der polnischen Regierung bzw. von Agenten der polnischen Regierung sich militärische Geheimnisse zu verschaffen versuchte, zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

besteht aus Kondensatoren und Selbstinduktionsspulen. Letztere sind für eine Grob- und Feineinstellung eingerichtet. Die Regulierung der Anlage erfolgt von einem Schalter, auf dem auch ein Wellenmesser steht. Vor den Funkenstrecken ist das mächtige Relais und der Transformator, der die Funkenstrecke speist, zu erwähnen. Der eigentliche Verkehr aber wird durch moderne Maschinen unterhalten. Zunächst muß festgestellt werden, daß Rauen nur Sendestation ist. Der Empfänger ist in Seltow bei Potsdam aufgestellt. Sowohl vom Sender Rauen als vom Empfänger Seltow gehen Kabelleitungen nach Berlin zum Haupttelegraphenam. Hier, in der Zentralstelle, kann also der betreffende Beamte zugleich senden und empfangen. Sende der Empfänger in Rauen, so würde er ständig durch die mächtige Endstation gestört werden. Durch diese Anordnung aber wurde völlige Störungsfreiheit erzielt.

Der für Rauen vom Elektrizitätswert gelieferte Strom wird zunächst auf 220 Volt transformiert, um in der Station für Beleuchtung usw. verwendet zu werden. Ein anderer Teil des gelieferten Stromes speist Wechselstrommaschinen, die wieder Gleichstromdynamomas antreiben. Rauen verfügt nämlich über eine große Akkumulatortrommel, die als Ersatz bei Stromunterbrechungen dient. Um nun für die Sender den erforderlichen Hochfrequenzstrom zu bekommen, sind Wechselstrommaschinen aufgestellt, deren Frequenz in eigenen Transformatoren (Frequenzverdoppler) mehrfach hinauf transformiert wird. Solche Hochfrequenzströme, die direkt durch Maschinen erzeugt werden, machen die Funkenstrecke völlig entbehrlich und es ist somit falsch, wenn man heute von „Funken-telegraphie“ spricht.

Im großen Maschinenraum, an dessen Wänden eine Galerie herumführt, sind Selbstinduktionsspulen von ganz eigenartiger Bauart zu sehen. Während die sonst gebräuchlichen Spulen aus blankem Draht bestehen, ist bei diesen Spulen ein sorgsam isoliertes Kabel zur Verwendung gelangt. Im Keller sind Regler aufgestellt, die den von der Maschine gelieferten Strom bis auf Millivolt genau regeln.

Nirgends wohl zeigt sich der technische Fortschritt so auffallend wie hier bei der drahtlosen Telegraphie. Am Beginn unseres Jahrhunderts gelang es mit elektrischen Wellen den Ozean zu überbrücken und heute ruft Rauen mit einer Stimme, die selbst bei seinen Antipoden noch hörbar ist.

Das Innere der Harnblase im Film. Im Kaiserin-Friedrich-Haus zeigte Dr. Stujin das Ergebnis seiner ersten Versuche, das Innere der Harnblase in kinematographischen Bildern festzuhalten. Bekanntlich ist das Blaseninnere durch das von Max Nitze erfundene Cystoskop sichtbar gemacht worden. Es ist das ein mit einer elektrischen Lampe versehenes Rohr, das in die Harnröhre eingeführt wird. Im Innern befindet sich ein kompliziertes optisches System, das das Bild der Blasenwand nach außen bringt und dem Auge zugänglich macht. Dr. Stujin hat nun an ein modifiziertes Cystoskop einen Kurbelmechanismus angehängt. Solange er (unverständlichweise) die Technik seiner Apparatur mit einem Geheimnis umgibt, kann über den Wert oder Unwert seines Verfahrens nichts ausgesagt werden. Sein schematischer Film, der, wie er verprochen hatte, die Konstruktion erläutern sollte, erfüllt diese Aufgabe keineswegs, sondern gibt ledig-

### Erhöhung der Renten.

Im „Reichsarbeitsblatt“ ist jetzt das Gesetz zur Abänderung des Reichsvorsorgengesetzes und anderer Versorgungsgesetze vom 22. Juni 1923 und eine Verordnung bekanntgegeben worden, durch die die Renten-Grundbeträge entsprechend der Neuregelung der Beamtengehälter vom 1. Juli ab auf das 33fache erhöht werden.

Auf die erhöhten Bezüge nach dem neuen Gesetze, das rückwirkend vom 1. Januar 1923 an gilt, sind den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen schon im April und Juni d. J. Vorschüsse im Postfachwege gezahlt worden; zurzeit wird ein weiterer erheblicher Vorschuss mit Postcheck ausgezahlt. Nach Beendigung dieser dritten Vorschusszahlung wird von den Versorgungsämtern sofort die Umrechnung der bisherigen Renten — es handelt sich um mehrere Millionen Versorgungsberechtigter — auf die neuen gesetzlichen Bezüge vorgenommen; diese Arbeit soll möglichst bis Ende September durchgeführt sein. Gleichzeitig mit der Benachrichtigung über die neuen Bezüge werden die Restbeträge nachgezahlt, die sich aus der Abrechnung der seit Januar gezahlten Renten und Vorschüsse gegenüber den neuen Bezügen ergeben. Von dem darauf folgenden Monatserteil ab zahlen die Postanstalten monatlich die neu berechneten Renten an Stelle der bis dahin noch weiterlaufenden geringen alten Monatsrentenbeträge aus.

Für diejenigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die bisher neben den Renten noch Teuerungszuschüsse von den Fürsorgestellen erhalten haben, werden vom 1. Juli 1923 ab an Stelle der Teuerungszuschüsse von den Fürsorgestellen Zuschüsse gezahlt, die monatlich der jeweiligen Teuerung entsprechend der Beamtenbefoldung angepaßt werden.

### Neue Verhaftung in der Parchimer Mordsache

Die B.S.-Korrespondenz meldet: In der Mordsache Parchim, die bekanntlich bereits den Staatsgerichtshof beschäftigt, ist vor einigen Tagen in Berlin eine neue Verhaftung erfolgt. Es handelt sich dabei um einen Leutnant a. D. Heinz Köpke, Berlin-Steglitz, bei dem seinerzeit, wie bereits gemeldet, eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit dem Parchimer Mord stattgefunden hatte. Köpke wurde damals nach seiner Vernehmung im Polizeipräsidium wieder entlassen. Nunmehr ist, anscheinend auf Grund neuer Tatsachen, seine Festnahme und Einlieferung in das Stadtvoigtgefängnis erfolgt.

Köpke selbst kommt als Täter nicht in Frage, da er sich zur Zeit der Parchimer Mordtat in Untersuchungshaft in Leipzig zusammen mit anderen Leitern der deutschösterreichischen „Turnerschaften“ befand, die seinerzeit, zugleich mit Köpke selber, verhaftet worden waren. Kaum war er jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt und nach Berlin zurückgekehrt, da beteiligte er sich bereits, zusammen mit der Wannseer Köpke-Zentrale, an den Maßnahmen, die das Verhängen eines der an der Tat unmittelbar Beteiligten bezweckten. Somit dürfte er wegen Begünstigung strafrechtlich verfolgt werden.

### Die Teuerungskatastrophe in Bayern.

München, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag hat folgende Interpellation eingebracht: „Welche wirksamen Maßnahmen gedenkt die bayerische Regierung endlich zu ergreifen, um der ungeheuerlichen, von Stunde zu Stunde endlos in die Höhe steigenden Teuerung einigermassen Einhalt zu tun und ihre bisherigen Wirkungen abzuschwächen? — In der Begründung heißt es u. a.: Die Teuerung auf allen Gebieten schreitet mit rasender Schnelligkeit vorwärts. Sie nimmt jetzt einen derartig bösen Charakter an, daß sie noch weitere Volkskreise in eine Katastrophe stürzen wird, die einer völligen Vernichtung von Leben und Gesundheit von Millionen von Volksgenossen gleichkommt. Dem dürfen Regierung und Volksvertretung nicht weiter tatenlos zusehen, wollen sie nicht zu Mitschuldigen an der Verstärkung wertvoller Volksträfte werden.“

### Rauen.

Von Walter Frisch.

Im Jahre 1906 wurde die erste Rauen-Funkstation errichtet. Sie verfügte über ein kleines Gebäude, in dem eine Sendeanlage sowie auch Empfangsanlage Platz hatten. Die Antenne war eine sogenannte Schirmantenne. Die Spitze dieses Schirmes wurde von einem 200 Meter hohen Turm getragen. Am 31. März 1912 stürzte aber bei einem heftigen Wirbelsturm dieser Turm ein. Es muß als besonderes Glück bezeichnet werden, daß der Turm beim Sturz das Apparatehaus nicht beschädigte. Die Telefunken-Gesellschaft begann alsbald einen Neubau, der nach vielen Abänderungen in den Jahren 1916 bis 1918 fertiggestellt wurde. Im Jahre 1918 fand die feierliche Eröffnung durch den Reichspräsidenten Ebert statt, der an alle Radiostationen einen Rundfunk erließ. Gerade jetzt befindet sich die Anlage wieder in einem Umbauf Stadium und wird nach Vollendung dieser Neuerungen über acht Sender mit acht Antennen verfügen.

Schon von weit her greifen den Besucher die mächtigen 100 bis 250 Meter hohen Türme. Betritt man das Gelände der Funkanlage, so ragt vor einem der mächtigen Bau auf, der die Maschinen und Sender birgt. Vor dem Gebäude ist ein ziemlich großes schön angelegtes Bassin, in dem man auf den ersten Blick gar keine Kühltürme vermuten würde. Hier wird das heiße Transformatoröl gekühlt. Rechts und links vom Gebäude erheben sich niedrige lange Antennen — das Gegengewicht. Um nämlich elektrische Wellen auszusenden, bedarf man zweier Pole. Der eine wird durch die Antenne dargestellt, der andere durch die Erde. Ist aber das Erdreich nicht genügend feucht, so muß eine zweite Antenne gebildet werden, die in geringer Höhe über der Erde gespannt wird. Es wird jetzt übrigens eine Erdungsanlage geschaffen. Eine große Anzahl von Pfählen werden an der Spitze mit Zinkblech beschlagen und dann in das Erdreich herab eingetrieben, daß die Zinkplatten vom Grundwasser umgeben sind. Die Zinkplatten sind untereinander und mit einem Pole des Senders verbunden.

Zu einem Sender gehören nun eine Maschine, die Hochfrequenzströme erzeugt, also Ströme, die viele Tausende mal in der Sekunde ihre Richtung ändern, sowie ein Schwingungstreiber, der es gestattet, die Länge der ausgesendeten Wellen genau festzulegen. Das letztere ist abh. da sonst die Nationen einander hören könnten. Früher wurden die Hochfrequenzströme durch den elektrischen Funken erzeugt. Ein Ueberbleibsel aus dieser Zeit ist der „Lontunfensender“, der Rauen zur Ausgabe des Zeitsignales benutzt. In Rauen ist eine genaue Uhr vorhanden, die 24 Stunden anzeigt und einige Minuten vor 12 und 24 durch die Uhr der Hamburger Seewarte elektrisch ausgelöst wird. An der Rauen-Uhr ist nun ein Rad angebracht, in dessen Umfang Morsezeichen eingraviert sind. Durch einen Schaltkontakt und zwei Relais wird der Sender betätigt, der nun Zeitsignale im bestimmten Rhythmus ausstrahlt.

Um eine rasche Kühlung der Funkenstrecke durchzuführen, ist sie als Schichtfunkenstrecke ausgebildet. Der Funke wird in Leitungen zerlegt, die nur Bruchteile eines Millimeters lang sind und daher fast gar keine Wärme entwickeln. Ueberdies sind die Funkenstrecken mit Kühlrippen versehen. Der Schwingungsbereich

lich eine Anschauung von der Handhabung der Apparatur. Es muß anerkannt werden, daß der Stujinsche Film die Blasenwand tatsächlich stellenweise erkennen läßt. Die Bilder reichen aber nicht im entferntesten an die Photogramme heran, die Professor Kingleh bereits vor über zehn Jahren veröffentlicht hat. Diesem war es mit Hilfe der Firma Carl Zeiß gelungen, die Optik des Cystoscops so zu verbessern, daß er Feinheiten bis zu  $\frac{1}{100}$  Millimeter aufnehmen konnte. Weiter ist man nicht gekommen, weil die Helligkeit der Cystoskoplampe höchstens  $\frac{1}{2}$  Kerzen beträgt, wovon noch 70 Proz. durch die Optik absorbiert werden. Wie Dr. Stujin unter diesen Verhältnissen kinematographische Momentaufnahmen von weniger als  $\frac{1}{100}$  Sekunde pro Bild herstellt, ohne, wie er behauptet, die Helligkeit der Lampe zu erhöhen, bleibt ein Rätsel. Ob er während seiner Aufnahmen mit Hilfe eines Suchers kontrollieren kann, was er photographiert, ging aus seinen Ausführungen ebenfalls nicht hervor. Was wir sahen, sind im großen und ganzen sich bewegende Vergrößerungen inhaltsarmer Bilder. Es wird sich im übrigen kaum lohnen, Teile der hohen Blasenwand kinematographisch aufzunehmen. Die Auffassung des Dr. Stujin, er habe gewisse Bewegungen des Harnleiters mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln neu gefunden, ist irrig. Seine Bemühungen sind sicherlich anerkennenswert, erfordern aber wesentlich größere optische Mittel und eine höhere optische Schulung, als man sie bis jetzt finden kann. E. D.

Empfindliche Helben. Ein starkes Aufgebot von Carabinieri und Geheimagenten statuierte kürzlich der Drucker des in Rom erscheinenden „Mattino“, der größten Zeitung Süditaliens, einen Besuch ab, der die Absicht verfolgte, die humoristische Wochenbeilage des Mattino zu beschlagnahmen. Da die gesamte Auflage aber bereits verstanden war, mußte die Polizei unzutrefflicher Sachverhalte abziehen und sich damit begnügen, bei den Straßenhändlern und in den Kiosken nach der beanstandeten Nummer zu suchen. Über auch hier war der Erfolg gleich Null. Der Grund des hochnotpeinlichen Eingreifens der Polizei war eine auf der ersten Seite der humoristischen Beilage abgedruckte Zeichnung, die die Helbenaten der französischen Kucharrmee verpönte. Die Beschlagnahme war von der italienischen Regierung auf eine energische Beschwerde angeordnet worden, die der französische Botschafter in Rom an den italienischen Außenminister gerichtet hatte.

Steinbrüche aus vorgeschichtlicher Zeit. Im Staate Wyoming gibt es Steinbrüche, die zu den ältesten gehören, die überhaupt bekannt sind. Freilich beginnt die Geschichtsschreibung für Amerika sozial später als für die Alte Welt, daß man als „vorgeschichtliche Zeit“ kein so hohes Altertum zu verstehen braucht, wie es das Zeitalter des vorgeschichtlichen Menschen in Europa bedeutet. Immerhin stammen diese alten Steinbrüche in Wyoming aus der Stufe der älteren Steinzeit, in der also die amerikanische Urvölkerung schon die Bergbauartigkeit im Tagebau kannte. Der Boden ist in jenem Gebiet aus einem schönen Sandstein gebildet, dessen Farbe lebhaft wechelt von weiß zu hellrot, von dunkelrot bis beinahe zu schwarz. Der Sandstein ist so feinkörnig und so leicht zu schneiden, daß man mit einem guten Werkzeug in wenigen Minuten ein hübsches Gerät aus dem Stein herstellen kann. Nicht weniger als 19 alte Steinbrüche verschiedener Art lassen sich



## Fort mit der Notverordnung!

### Scharfe Angriffe im bayerischen Landtag.

München, 19. Juli. (Eig. Draht.) Im bayerischen Landtag wurde heute die sozialdemokratische Interpellation über die bayerische Notverordnung vom 11. Mai behandelt. Genosse Kärnermann, Bürgermeister von Augsburg, begründete die Interpellation: Die Notverordnung hatte von vornherein gar keinen anderen Zweck, als das Ausschlagsschiff für ein einseitiges Vorgehen gegen die Sozialdemokratie abzugeben. Das ergibt sich schon klar daraus, daß gegen die Organisationen, deren Programm als solches schon ein Verstoß gegen die Strafgesetze und gegen die Notverordnung im besonderen ist, nicht im geringsten belästigt werden. Das ist allerdings begreiflich; denn diese Organisationen sind mächtig und üben neben der Staatsregierung eine eigene Staatsgewalt aus. Nur zwei Beispiele: Auch heute noch finden in Freucht bei Nürnberg durch die Organisation „Reichsflagge“ Schießübungen statt, unmittelbar in der Nähe von Wohnungen, so daß scharfe Geschosse in die Häuser eindringen. Bis zur Stunde hat sich keine legale Staatsgewalt gefunden, dagegen einzuschreiten. In Coburg machen Geheimorganisationen, feibmarschmäßig und mit modernen Feldkriegsgeräten ausgerüstet, Unzüge. An ihrer Spitze marschieren ehemalige Herzog, der erst während des Krieges seine englische Nationalität mit der deutschen vertauscht hat. Niemand ist dagegen eingeschritten. Ebenso findet sich auch keine bayerische Regierung, die gegen eine gewisse bayerische Presse einschreitet, die in der Schamlosigkeit der Wortfalschung, in der Niedrigkeit der Gesinnung und in der Verhöhnung des sittlichen Gefühls ihresgleichen sucht. Dagegen wird in sinnloser, gehässiger und mit den Mitteln kleinster Polizeischikane gegen sozialdemokratische Zeitungen vorgegangen. Daraus erkennt man klar den tieferen Sinn der Notverordnung

von Bayern aus soll die Einheitsfront des deutschen Volkes gegen den äußeren Feind hinterläßt gemauert werden.

Aus reinem vaterländischen Gefühl heraus deuten die sozialdemokratischen Zeitungen Geheimverschwörungen, die die Organisation des Bürgerkrieges zum Zweck haben, auf und dafür werden sie verboten. Am gleichen Tage, wo von Rom aus die Friedensbotschaft des Papstes an die ganze Welt geht, darf im überkatholischen München Herr v. Kahr zum Bürgerkrieg gehen. Der Minister des Innern begründete sein Verbot der sozialdemokratischen Presse mit dem von ihr angeblich begangenen „Befehlsverrat“. Das wagt der Minister einer Partei, dessen oberster Parteibonze, Geheimrat Held, am 28. Oktober 1918 einen vollendeten Kriebsverrat begangen hat, derselbe Geheimrat Held, der erst in jüngster Zeit den sozialistischen Führern den Vorwurf gemacht hat, daß durch ihre Schuld Deutschland zur Kapitulation gezwungen worden ist, der aber selbst wenige Tage vor der Kapitulation im bayerischen Landtag angedeutet hat, Bayern werde allein kapitulieren. Das nenne ich Vorschubleistung an den Feind und nicht das, was sozialdemokratische Zeitungen über die reichsgesetzlich verbotenen und bemanneten Geheimorganisationen ans Licht der Öffentlichkeit bringen. (Diese Angaben des Genossen Kärnermann werden unter großer Erregung des Hauses vom Präsidenten bestätigt.) Kärnermann schloß: Das einseitige parteiische Verhalten der bayerischen Regierung ist nicht verwunderlich, nachdem man jetzt weiß, daß Minister Schwemer die Revolution 1918 für ein strafrechtlich zu verfolgendes Verbrechen hält. Das alles ist in Bayern möglich seit der Herrschaft Kahrs, weil man seitdem in bayerischen Regierungs- und Verwaltungskreisen weit entfernt ist von der Auffassung des Rechts, weit entfernt ist von der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz.

Die wichtigste Anklage des Genossen Kärnermann vermochte der Minister in keiner Weise zu entkräften. Er versuchte in einer Statistik nachzuweisen, daß die Handhabung seiner Verordnung durchaus gerecht sei. Insgesamt seien bis heute 160 Verbote ausgesprochen worden, davon 91 gegen rechts und 69 gegen links. Diese Angaben mögen vielleicht richtig sein, der Minister vergaß aber zu erwähnen, daß die Verbote gegen rechts, mit ganz wenigen Ausnahmen, ganz kleine Dinge betreffen, während die Verbote gegen links in der Mehrzahl politisch und wirtschaftlich von

in dem genannten Gebiet unterscheiden. Sie sind von verschiedener Ausdehnung und verschiedener Tiefe, bald als flache, weitgedehnte Mulden, bald als Schächte von sieben und mehr Meter Tiefe, bald sogar in der Form von Tunneln. Streng genommen war das also schon kein Tagebau mehr, sondern richtiger Bergbau. Auch scheint die Arbeit planmäßig betrieben worden zu sein und nicht nach der Art, wie die Indianer gewöhnlich den Stein zur Verfertigung ihrer Geräte losbrechen. Die Schöpfer dieser Steinbrüche haben in einer großen Anzahl von Geräten Reflex ihrer Kunstfertigkeit zurückgelassen, aus deren roher Form und unbeholfener Bearbeitung hervorgeht, daß es sich um Menschen von sehr niedriger Kulturstufe gehandelt haben muß. So fand man Hämmer und Schlegel, Speerspitzen, Schabeisen, Äxte und Ambosse. Besonders die Äxte deuten durch ihre ungemein primitive Gestaltung auf ein sehr hohes Alter hin. Wohnplätze oder Begräbnisplätze dieser Urmenschen hat man in der Gegend der Steinbrüche leider niemals auffinden können. Die Arbeitsleistung in den Brüchen muß ungemein groß gewesen sein; schätzungsweise wurden hunderttausende, wenn nicht Millionen Tonnen von Gestein losgebrochen.

Wenn diese Urmenschen überhaupt Vorfahren der späteren Indianer waren, so können sie diesen in einem wesentlichen Punkt nicht ähnlich gewesen sein; denn sie müssen Jahrhunderte lang fleißig gearbeitet haben, um mit ihren unbeholfenen Hilfsmitteln einen so gewaltigen Bergbau zu betreiben. Wer sie waren, welcher Rasse sie angehörten, wiewohl man wohl nie erfahren. Sollten die Indianer von jenem Urvolk abstammen, so haben sie sich jedenfalls sehr zu ihrem Nachteil verändert. Denn die Indianer wären zu einem solchen Riesentat nicht imstande gewesen.

Der Zehnstundenspazierer. In Draguignan, der Hauptstadt des französischen Departements Var, hat man, um einen tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, einen Dauerrekord im Pfeifen aufgestellt. Der Sieger bei dem Wettbewerb ist ein junger Industrieller, der das Kunststück fertigbrachte, zehn Stunden hintereinander ununterbrochen zu pfeifen. Er machte im ganzen nur fünfmal eine Pause von wenigen Sekunden, die er dazu benutzte, in aller Eile ein paar Glas Bier hinunterzuschlucken.

Nachdem man vor kurzem einen Weltrekord im Dauertanz aufgestellt hatte, ist es jetzt gelungen, auf einem anderen Gebiet menschlicher Leistungsfähigkeit einen bisher nicht erreichten Höhepunkt zu erklimmen. Und da gibt es immer noch Rörgler und Besimisten, die an dem kulturellen Fortschritt der Menschheit zweifeln!

Erleichterungen bei Einfuhr von Kunstwerken. Der Reichskommissar für Kunst- und Sammlerbewahrung hat die Hoffnungen, die einmündig die Einfuhr von plastischen Bildwerken und Gemälden, die einmündig die Künstler nachweislich im Ausland angefertigt haben und auf ihrer Rückreise mit sich führen oder sich nachlässig lassen, ohne Einfuhrbewilligung zuzulassen.

Die Winternachtskneipe im Film. Auf der ersten Nordlandreise des Dampfers „General von Scharnhorst“, den eine Filmexpedition der Bern-Filmwerke, Hamburg, begleitet, ist es gelungen, die Winternachtskneipe in prachtvoller Klarheit auf den Film zu bannen. Es ist das erste Mal, daß dieses Schauspiel im Film gezeigt wird.

großer Bedeutung waren. Zum Schluß erklärte Schwemer, einstweilen könne er die Notverordnung noch nicht aufheben und er würde es sehr bedauern, wenn der Reichspräsident oder der Reichstag die Aufhebung der Verordnung vorzeitig verlangen würden, weil dieses Verlangen von schwersten innerpolitischen Erschütterungen begleitet sein würde.

Im Rahmen der Besprechung der Interpellation gab unter gewaltiger Erregung des Hauses Genosse Körner-Kaiserslautern die Erklärung ab, daß die fortwährenden Treibereien der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung von den französischen Besatzungsbehörden in außerordentlich geschickter Weise zum Schaden Deutschlands ausgenutzt würden. In Übereinstimmung mit rechtsgerichteten Abgeordneten der Pfalz erklärte er weiter, daß die Pfalz diese Treibereien gegen das Reich nicht länger mitmachen werde. Wenn die Dinge so weitergehen, so sei die Pfalz für Bayern, vielleicht sogar für Deutschland verloren.

## Nochmals: Regierung Kahr und Major Richert.

München, 19. Juli. (Eig. Draht.) Nachdem der Minister Schwemer auf die vielen Anfragen in Sachen des Hochverrats Fuchs-Rachhaus zum Teil ganz ungenügende, meist aber gar keine Antwort gegeben hat, weist die „Münchener Post“ am Donnerstag darauf hin, daß der Vermittler zwischen der Regierung Kahr und dem Major Richert als dem französischen Kohlenkommissar im Saargebiet ein gewisser Daja alias Karfunkelstein war, der ehemals russischer Staatsangehöriger und kurze Zeit nach der Revolution eine Zeilung demokratischer Parteiführer in München war, wo er heute noch kaufmännischen Geschäften nachgeht. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß das Volksgericht und die bayerische Regierung von diesem Daja alias Karfunkelstein heute so gar nichts wissen will, trotzdem über diese Persönlichkeit bei der Polizeidirektion München sehr ausführliche Akten vorhanden sind.

## Ehrhardts Flucht.

### Zeit Wochen alles vorbereitet.

Leipzig, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Hätte die Republik genügend republikanische Beamte, so wäre ihr erspart geblieben, daß Ehrhardt an hellen Tage aus dem Gefängnis flüchten konnte. Die Flucht Ehrhardts ist von langer Hand vorbereitet. Zum mindesten seit vier Wochen war sie peinlich genau ausgedacht. In dem Hause des Koch, der den Kraftwagen nach München lenkte, beschloß die Polizei eine Streife, Strohdegen, schwarze Gesichtsmaske, eine wilhelminische Marineflagge, Stahlhelme und anderes Kriegs-, Ein- und Ausbrecherwerkzeug. Schon einmal war der Versuch gemacht, aber mißlungen, Ehrhardt zu befreien. Um so weniger begreift man die Nachlässigkeit, mit der Gefängnisdirektor Geschwitz die Wächter durchführte, die getroffen waren, um eine Flucht Ehrhardts zu vereiteln. Senatspräsident Schmidt hat allerdings Ehrhardt Begünstigungen zukommen lassen, die ungewöhnlicher Natur waren. Ehrhardt hatte nicht nur Stundenlang den Besuch seiner Frau, sondern auch — und ebenso lange — den seines Vaters, eines gewissen Karl Ehrhardt aus Hamburg, den die Hamburger Polizei soeben auf Veranlassung der sächsischen Polizei in Haft genommen hat. So war Gelegenheit geboten, Ehrhardt bis ins kleinste zu informieren und so konnte die Flucht leicht ins Werk gesetzt werden.

Die Durchführung der Flucht wurde durch die anfangs harmlosen gerichtlichen Verfolgungsmahnahmen erleichtert. Eine neue Photographie von Ehrhardt war nicht im Besitz des Gerichts. Die vorhandene war alt und unbrauchbar, stellte Ehrhardt vor Jahren dar, als er noch in Freiheit war. Selbst als sich der Flüchtling vor kurzem den Bart abnehmen ließ, rührte man keinen Finger, fand das ganz in der Ordnung und fertigte von dem veränderten und barlosen Ehrhardt kein Bild an. Der Steckbrief, den der Oberreichsanwalt erteilte, zeigte ein altes und unähnliches Bild. Als das öffentlich gerügt wurde, mußte sich der Oberreichsanwalt ein Postkartenbild Ehrhardts verschaffen, das Ehrhardt von Bekannten ins Gefängnis geschickt wurde, ihm aber nicht ausgehändigt worden war. Dem Verteidiger Ehrhardts, Rechtsanwalt Lutzgerbrune aus Oöttingen wurde nach Ablauf der ursprünglich eingeräumten Frist zur Erklärung auf die Anklage eine reichliche Fristverlängerung bewilligt.

Inwieweit das eigentliche Gefängnispersonal Ehrhardt bei seiner Flucht behilflich war, steht bis jetzt noch nicht fest.

## Der Flüchtling in Bayern.

München, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Ermittlungen über die Flucht Ehrhardts haben bekanntlich ergeben, daß zur Stunde der Flucht in der Nähe des Untersuchungsgefängnisses ein Kraftwagen gehalten hatte, mit der Nummer IM 5083 oder IM 6083. Einige Tage zuvor war der gleiche Wagen in einer Leipziger Reparaturwerkstätte, mit HA 3347 versehen, eingeleitet. Erhebungen, die über diesen Wagen sofort in München angestellt wurden, ergaben, daß der Besitzer des Kraftwagens HA 3347 der in der Kaufbachstr. 9 wohnhafte Ingenieur Loenjes ist, der am 16. Juli seinen reparaturbedürftigen Wagen in einer hiesigen Reparaturwerkstätte zur Wiederinstandsetzung eingestellt hatte. Der Wagen war also zwei Tage nach der Leipziger Flucht wieder in München. Seit Montag früh ist Loenjes verschwunden. Sein Wagen wurde beschlagnahmt und sichergestellt. Dafür, daß Ehrhardt, wie Gerüchte in München wissen wollen, sich in Bayern aufhält oder aufgehalten hat, liegen Anhaltspunkte noch nicht vor.

## Die Verhaftung des Harden-Attentäters.

Korrespondenz B. S. schreibt zur Verhaftung des Attentäters auf Harden Anfermann: Dem zu erwartenden neuen Harden-Prozess kann man mit besonderem Interesse entgegensehen, wenn man sich erinnert, daß das Urteil des Schwurgerichts gegen die Gehilfen Anfermanns, Weichardt und Grenz, seinerzeit in der Öffentlichkeit einer lebhaften Kritik unterzogen wurde. Trotzdem auf Grund der Beweisaufnahme feststand, daß Harden mit einer Eisenstange zu Boden geschlagen worden war und eine ganze Reihe lebensgefährlicher Schlägelverletzungen davongetragen hatte, verneinten die Geschworenen sowohl die Schuldfrage nach Beihilfe zum Verbrechen als auch zum Verbrechen Totschlag und bejahten lediglich die Beihilfe zur gefährlichen Körperverletzung. Da in dem kommenden Schwurgerichtsverfahren gegen Anfermann die Geschworenen an das erste Urteil in keiner Weise gebunden sind, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Urteil gegen Weichardt und Grenz zum mindesten theoretisch eine Korrektur dadurch erfahren könnte, daß die Tat Anfermanns diesmal anders beurteilt wird. Des weiteren ist es nicht ausgeschlossen, daß sich im Laufe des Anfermann-Prozesses, in der ja Weichardt und Grenz als Zeugen auftreten dürften, neue Momente ergeben, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die beiden Gehilfen zur Folge haben könnten. Voraussetzung für diese Erwägungen ist natürlich, daß Anfermann von den österreichischen Behörden tatsächlich ausgeliefert wird, was in dem Fall zweifelhaft wäre, doch man sich in Deutschland auf den Standpunkt stellen sollte, es handele sich bei dem Harden-Attentat um ein rein politisches Verbrechen.

## Der Antifaschistentag verboten.

### In Braunschweig.

Braunschweig, 19. Juli. (WZB.) Die antifaschistischen Kundgebungen der Kommunisten, die für den 29. Juli geplant waren und gegen deren Abhaltung von verschiedenen Seiten, besonders seitens der versammlungstreu hunderktaften protestiert worden war, sind, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, von der Polizeidirektion in Braunschweig auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung verboten worden.

## Kein Katholikentag in Köln.

### Rheinlandkommission gegen Völkervereinigung und Völkerverfrieden.

Köln, 18. Juli. (Eca.) Das Zentralkomitee der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands hat gestern vom Auswärtigen Amt Berlin die Mitteilung erhalten, daß die Rheinlandkommission die Abhaltung des Katholikentages in Köln verboten werde. Die diesjährige Katholikentagsversammlung, die als rein religiöse Veranstaltung ohne jede äußere Festlichkeit abgehalten werden sollte, wollte sich nach dem bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Programm mit dem Thema: Völkervereinigung und Völkerverfrieden beschäftigen. Es ist geradezu verhängnisvoll und tragisch, so heißt es in einer Mitteilung des Vorsitzenden des Zentralkomitees, daß solche großen Hoffnungen zu Grabe getragen werden sollen. Infolge des vom Auswärtigen Amt angekündigten Verbotes der Versammlung durch die Interalliierte Rheinlandkommission kann das Zentralkomitee seine mit Unkosten und Opfern getroffenen Vorbereitungen nicht mehr fortsetzen. Es gibt daher bekannt, daß die 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands am 26. und 28. August in Köln nicht stattfinden kann.

## Massenausweisungen.

Essen, 19. Juli. (WZB.) Heute wurden auf Bahnhof Bedau 129 Beamte mit Familien ausgewiesen. Es wurden 129 Männer, 127 Frauen, 30 Kinder bis zu zwei Jahren, 130 Kinder von zwei bis zu zehn Jahren und 109 Kinder über zehn Jahre, zusammen 525 Personen, von der Ausweisung betroffen.

Ludwigshafen, 19. Juli. (WZB.) Aus dem Bereich der Reichsbahndirektion Ludwigshafen wurden am 17. Juli zwei ledige und 31 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und 57 Kindern ausgewiesen.

## Neue Bluttat.

Machen, 19. Juli. (WZB.) Am Bohnkörper zwischen Dem Haupt- und dem Westbahnhof wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein junger Mann namens von der Stein von einem belgischen Posten erschossen.

Machen, 19. Juli. (WZB.) Die vom belgischen Kriegsgericht zum Tode verurteilten Deutschen namens Koller, Ludwig Schulz und Bingenier haben gegen die Urteile Revision angemeldet.

## Die Kohlenbestände des Thyssen-Werks beschlagnahmt.

Mühlheim, 19. Juli. (WZB.) Heute morgen haben die Franzosen bei der Firma Thyssen die Kohlenbestände des ganzen Werkes beschlagnahmt und die Benzolinstation besetzt. Die von den Kohlenlagern zu den Betrieben laufenden Schienenstränge wurden aufgerissen. Bis zur Stunde wird der Betrieb noch aufrechterhalten. Der Zugang zu dem Werk wird von den Franzosen scharf bewacht. Der kaufmännische Direktor der Firma, Härle, wurde verhaftet und nach Bradeney abtransportiert. Als Grund seiner Verhaftung gaben die Franzosen das Vorhandensein einer Annahmestelle für Funkentelegraphie innerhalb der Thyssen-Werke an.

Düsseldorf, 19. Juli. (WZB.) Gestern vormittag besetzten die Franzosen die Lokomotivwerkstätten der Firma Rhein-Metall und führten eine Anzahl Lokomotiven und Waggons fort. Gegen mittag wurde das Werk wieder freigegeben. Während dieses Eingriffs ruhte die Arbeit.

## Die Engländer am Rhein.

London, 19. Juli. (WZB.) Baldwin teilte auf eine Anfrage im Unterhaus mit, daß die Stärke der britischen Besatzungstruppen in Deutschland am 1. Juni einschließlich der Rheinpioniere 477 Offiziere und 8221 Mann betragen habe. Die Jahreskosten machten etwa 1 600 000 Pfd. aus, worin gewisse Lieferungen und örtliche Leistungen durch Deutschland miteinbegriffen seien. Bis zum 31. Dezember 1922 seien die Kosten vollkommen gedeckt und Großbritannien empfangen auch jetzt noch durch die Anwendung der Reparationseinzugsakte mehr als genug, um die Kosten der britischen Besatzungsarmee zu bestreiten.

## Labour Party für Georgien.

London, 19. Juli. (E.P.) Im Unterhaus fragte der Abg. Snowden (Soz.) an, ob die Tatsache, daß Sowjetrußland die Unabhängigkeit Georgiens vernichtet habe, nicht im Widerspruch mit der durch den Völkervereinigung und die alliierten Regierungen garantierten Unabhängigkeit Georgiens stehe. Unterstaatssekretär Mac Neill antwortete, daß er keine offizielle Bestätigung der Erklärung des Abgeordneten besitze, daß er aber an deren Richtigkeit nicht zweifle. Abg. Snowden fragte weiter, ob die Regierung nicht als Vorbedingung für die offizielle Anerkennung Sowjetrußlands aufstelle, daß Sowjetrußland die Unabhängigkeit Georgiens anerkenne. Mac Neill antwortete, er glaube nicht, daß diese Bedingung aufgestellt werde.

## Kein deutsch-litauischer Scheinvertrag.

WZB. schreibt: Der „Temps“ hat dieser Tage einen alarmierenden Artikel seines Warschauer Korrespondenten über die deutsch-litauischen Beziehungen gebracht, in dem versucht wird, ein intimes Zusammenarbeiten Deutschlands mit Litauen, insbesondere in der Remeisfrage nachzuweisen. In der üblichen tendenziösen Aufmachung wird zu diesem Zweck der Abschluß eines Geheimvertrags vom 18. Januar 1923 sowie der bevorstehende Abschluß einer Militärkonvention, die angeblich gegenwärtig in Berlin ausgearbeitet wird, gemeldet. Demgegenüber ist festzustellen, daß beide Behauptungen vollkommen frei erfunden sind.

Zur Interparlamentarischen Konferenz in Kopenhagen Mitte August erwartet man 600 Teilnehmer aus allen Ländern.

Zur italienischen Wahlreform hatten die Sozialisten beantragt, daß die italienischen Auswanderer in den europäischen Staaten einen eigenen Wahlkreis bilden sollen. Der Antrag blieb in der Minderheit.

Der Tichon-Prozess. Die amtlichen „Iswestija“ erklären, die Gastentlassung Tichons bedeute nicht, daß das Verfahren niedergeschlagen sei.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wertbeständigkeit der Beamtgehälter.

Zu dem am Mittwoch im Reichsfinanzministerium getroffenen Abkommen über die Wertbeständigkeit des Einkommens der Staatsbediensteten wird der „Express-Korrespondenz“ von gut unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt:

„Die in den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit dem Kleinen Ausschuss der Gewerkschaften erzielten Ergebnisse stellen einen bedeutungsvollen Wendepunkt in der bisherigen Besoldungspolitik des Reiches dar. Die veröffentlichten Richtlinien verfolgen den Zweck, in den Zeiten harter Geldentwertung eine gewisse Wertbeständigkeit des Einkommens der Staatsbediensteten sicherzustellen. Von einer völlig automatischen Anpassung hat man auf gewerkschaftlicher Seite Abstand nehmen müssen. Die veröffentlichten Richtlinien beziehen sich auf die Entlohnung der Staatsarbeiter, sie finden aber mit geringen Veränderungen auch Anwendung auf die Besoldung der Beamten und Staatsangestellten. Eine grundsätzliche Veränderung ist darin zu erblicken, daß bei der Anpassung der Staatsarbeiterlöhne an die Teuerung nicht mehr wie bisher von den in den vergleichbaren Privatindustrien gezahlten Löhnen ausgegangen wird, sondern daß ein Maßstab für die seit der letzten Festsetzung eingetretene Veränderung des Geldwertes und der Wirtschaft überhaupt zugrundegelegt wird. Die Anpassung soll allmählich erfolgen. Das Reichsfinanzministerium war zu Beginn der Verhandlungen nur zu einer vierzehntägigen Neufestsetzung bereit. Die Ermittlung des Entwertungsfaktors erfolgt nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, das jeden Mittwoch abend einen Index veröffentlicht. Dieser Index baut sich auf Angaben aus 28 verschiedenen Städten des Reiches auf, die Montags im Statistischen Reichsamte einlaufen. Seine endgültige Zusammenstellung erfolgt unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Am Donnerstag jeder Woche tritt der von den Organisationen gebildete Kleine Ausschuss des Finanzministeriums zusammen, um gemeinsam mit den Ressorts die ermittelten Ziffern für die Besoldung der Staatsbediensteten auszuwerten.“

Gestern nachmittag nahm die Kommission ihre neue Tätigkeit auf, um zum ersten Male auf der Grundlage des neuen Systems die Löhne und Gehälter der seit der letzten Erhöhung des Teuerungszuschlages eingetretene Geldentwertung anzupassen. Ausdrücklich muß betont werden, daß die Kommission bei der Anpassung des Einkommens an die Geldentwertung nicht starr auf die Geldentwertung gebunden ist. Es ist vereinbart worden, daß außer der Indexziffer auch andere Momente wirtschaftlicher oder politischer Art bei der Neufestsetzung des Einkommens berücksichtigt werden können. In gewissem Sinne wird also auch in Zukunft an dem System freier Vereinbarungen festgehalten werden. Das Verfahren, das zunächst, wie schon erwähnt, für die Entlohnung der Staatsarbeiter gilt, findet entsprechende Anwendung auch auf die Besoldung der Beamten mit der Veränderung, daß bei den Beamten die Anpassung an die Geldentwertung nicht wöchentlich, sondern vierzehntägig, am ersten Donnerstags jeder Monatshälfte, erfolgen soll. Eine andere Neuerung ist darin zu erblicken, daß der neuere Teuerungszuschlag nicht mehr wie bisher für das laufende Wertjahr, sondern zunächst vierzehn Tage voraus bezahlt wird. Zu diesem Zweck mußten sich die Vertreter der Beamtensorganisation entschließen, wenn sie den guten Ausgang der Verhandlungen nicht gefährden wollten. Nach wie vor bleibt bestehen, daß am Anfang eines Wertjahres den Beamten das gesamte Einkommen für drei Monate im voraus ausbezahlt wird, auf das sie am Schluß des vorhergehenden Wertjahres Anspruch hatten. Auf die Staatsangestellten findet das neue Abkommen dieselbe Anwendung wie bei den Beamten. Die Auszahlung erfolgt bei den Angestellten in der Weise, daß sie am 15. jeden Monats 50 Proz. ihrer Nettobehälter und am Schluß die andere Hälfte erhalten. Wenn in der ersten oder zweiten Hälfte des Monats den Beamten ein Teuerungszuschlag gewährt wird, dann wird für die Angestellten ein weiterer Zahlungstermin in der betreffenden Monatshälfte anberaumt. Es ist beschlossen worden, die kleine Kommission als Dauervertretung der Organisationen im Reichsfinanzministerium einzurichten und zwar für alle Angelegenheiten, die die Beamten angehen, finanzieller Natur sind und in denen das Reichsfinanzministerium federführend ist.“

## Warum die „Rote Fahne“ schwindelt.

Die „Rote Fahne“ bemüht sich täglich in spaltenlangen Artikeln, den Arbeitern nachzuweisen, daß sie von den Gewerkschaften verkauft und verraten seien. Bei diesem Kampf gegen die Gewerkschaften kommt es ihr auf eine Handvoll Schwindel nicht an. Wir haben hier nachgewiesen, daß die Löhne, die infolge des letzten Metallarbeiterstreiks festgesetzt worden sind, prozentual stärker gestiegen sind als der Index der „Roten Fahne“. Genosse Ulrich hat in einer Zeitschrift an die „Rote Fahne“ diesen Nachweis ebenfalls erbracht. Die „Rote Fahne“ unterläßt ihren Lesern jedoch die Zeitschrift des Bevollmächtigten der Berliner Metallarbeiter. Sie druckt lieber die Rundschreiben der Unternehmer ab. Was es mit diesen Rundschreiben auf sich hat, zeigt ja die Festsetzung des Lohnes für die Woche vom 16. bis 22. Juli. Die Steigerung des Lohnes beträgt rund 36 Proz.

Dies ist der „Rote Fahne“ natürlich höchst unangenehm, und sie sucht sich dabei so herauszureden, indem sie einzelne Artikel anführt, die in der Woche vom 10. bis 17. Juli eine größere Preissteigerung aufweisen. Es mag sein, daß es Leser der „Roten Fahne“ gibt, die zwei verschiedene Wochen nicht auseinander halten können. Das kommunistische Blatt glaubt offenbar, seinen Lesern alles zumuten zu können. Es druckt die Mitteilung ab, daß die Berliner Metallarbeiter über 21 Jahre am 23. Juli für jeden geleisteten Arbeitstag eine Vorauszahlung von 80.000 M. erhalten und schreibt zwei Zeilen weiter unten, daß die Metallarbeiter den Stundenlohn für die dritte Juliwoche erst am 26. Juli bekommen.

Es werden also die verschiedensten Daten durcheinandergeworfen und innerhalb von zwanzig Zeilen die widersprechendsten Behauptungen aufgestellt. Eine solche Verbiidungspolitik nennt man dann die Aufklärung der Arbeiter.

Die „Rote Fahne“ weiß natürlich ganz genau, daß der Teuerungsausgleich für die Woche vom 16. bis 22. Juli nicht nur der wirklichen Teuerung entspricht, sondern noch etwas darüber hinausgeht. Worauf es ihr ankommt, ist die Verhöhnung der Metallarbeiter, um diese reiß zu machen für die kommunistische Diktatur. Die ganze Hege ist weiter nichts als ein politisches Manöver der SPD, die, wie wir durch Veröffentlichung eines geheimen Rundschreibens gezeigt haben, den gesamten Parteiapparat aufbeutet, um die größte deutsche Gewerkschaft unter die Herrschaft der Gewalttäter von Moskau zu bringen. Daß durch diese Hege die Arbeiter untereinander ge-

spalten werden und den Unternehmern damit der größte Dienst geleistet wird, darüber zerbricht sich die SPD gewiß nicht den Kopf. Wenn es ihr auf die Stärkung der Arbeiterklasse und den Kampf gegen die Kapitalisten ankäme, dann hätte sie längst vom Erdboden verschwinden müssen.

## Konflikt in der Metallindustrie.

In einer überfüllten Versammlung der UFA-Funktionäre der Metallindustrie, die gestern abend in den „Rustlerkassen“ stattfand, berichtete Günther über das Ergebnis der Juliabstimmungen, die am gleichen Tage mit dem BVMG stattfanden. Die UFA-Verhändler verlangten neben einem angemessenen Zuschlag auf die Juniabgabe, wodurch eine Verbesserung des Realeinkommens erzielt werden sollte, die Ausnahme einer Wertbeständigkeitsklausel in das Juliabkommen zur Erzielung eines zehnjährigen Gehalts auch in der Metallindustrie, und darüber hinaus das Zugeständnis der wöchentlichen Gehaltszahlung. Die Ar-

### Metallarbeiter!

Wählt am Sonntag und Montag die Liste A  
beginnend mit dem Namen  
**Emil Albrecht**

beitgeber lehnten grundsätzlich jedes Eingehen auf eine Wertbeständigmachung der Gehälter ab und machten auch bezüglich des Zulagebetrages, das nach dem alten System festgelegt werden sollte, Vorschläge, die wesentlich hinter der UFA-Forderung zurückblieben. Als eine Konzession bezeichneten die Vertreter des BVMG ihre Klage, fortan regelmäßig vierzehntägige Vorabzahlungen zu gewähren und diese dadurch wertbeständig zu gestalten, daß unter Anwendung der Reichsteuerungszahl der Geldentwertung bei den jeweiligen Vorbezahlungen Rechnung getragen werden soll. Für die endgültigen Monatsgehälter soll jedoch nach Auffassung der Unternehmer ein Entwertungsfaktor nicht in Betracht kommen. Ebenso wurde auch von den Industriellen die wöchentliche sowohl als auch die beladenweise Gehaltszahlung entschieden abgelehnt. Diese ständig verneinende Einstellung der Arbeitgeber machte eine Verständigung unmöglich.

Die Funktionäre billigten das Verhalten ihrer Verhandlungskommission und beauftragten die UFA-Verbände das Reichsarbeitsministerium anzureufen, um durch diese Stelle eine Klärung über die strittigen Fragen herbeizuführen.

Dem Drängen der Belegschaften folgend, erfolgt spätestens bis zum 24. Juli eine weitere Vorschlagszahlung auf das Juli-gehalt in Höhe von 1/4 brutto Juniabgabe, abgerundet auf volle 10.000 M. nach oben. Bei Wochenlöhnen werden zwei Bruttowochenlöhne als Vorschuß, ebenfalls auf volle 10.000 M. nach oben abgerundet, gezahlt.

## Die wertbeständigen Löhne in der Landwirtschaft.

Man schreibt uns: Unter dieser Überschrift wird in der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 328 vom 18. Juli ein Artikel des Herrn Dr. Feige vom Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Provinz Schlesien veröffentlicht. Der Artikel soll den Zweck haben, nachzuweisen, daß für die Landwirtschaft kein dringendes Bedürfnis vorliegt, über die Frage der wertbeständigen Löhne in eine Debatte einzutreten. Man begründet diese Auffassung mit dem Hinweis auf die in der Landwirtschaft übliche Naturalienlohnung. Sie stellt bereits eine ziemlich weitgehende Wertbeständigkeit des Einkommens der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer dar. Außerdem steht fest, daß die Verzinsung des Einkommens gegenüber den Verhältnissen des Jahres 1913 nur sehr unbedeutend ist. Um die letzte Behauptung zu beweisen, greift man die Lohnverhältnisse der Provinz Sachsen heraus. Hier waren im Jahre 1913 von einem verheirateten Landarbeiter in intensiven Betrieben durchschnittlich rund 51 Zentner Roggenwerte als Gesamteinkommen verdient worden; 1923 erholte er über 14 Zentner Roggenwerte als Gesamteinkommen, mithin betrage der Verlust an Lohnwerten gegenüber 1913 nur 15 Proz.

Es stimmt, daß in der Landwirtschaft ein Teil des Lohnes in Naturalien gegeben wird. Man kann deshalb, soweit diese Lohnzahlung in Betracht kommt, von einem Stück wertbeständigen Einkommens sprechen. Daneben bekommen die Naturalienempfänger einen Teil ihres Lohnes in Papiermark. Außerdem sind Hunderttausende von Landarbeitern vorhanden, die fast reißlos ihre Entlohnung in Papiermark beziehen. Dieser Zustand macht es zu einer gebieterischen Notwendigkeit, die wertbeständigen Löhne auch in der Landwirtschaft einzuführen. Soviel zu der ersten Behauptung des Artikelschreibers. Der anderen Behauptung sei folgende Feststellung entgegenzusetzen:

Bei den Beratungen über die Zwangswirtschaft für Getreide im Jahre 1920 wurde ein Tabellenwerk vorgelegt, das den Titel führt: „Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel und Erzeugnisse nach dem gegenwärtigen Stand“. Verhandlungsuntertags, betreffend Preisfestsetzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1920.“

Nach dieser Aufstellung wird das Jahreseinkommen eines schlesischen Landarbeiters nach Angaben aus Arbeitgeberkreisen mit 608,40 M. beziffert. Das Jahreseinkommen desselben Landarbeiters betrug nach Berechnungen, die die schlesischen Arbeitgeber anlässlich des Lohnkampfes der schlesischen Landarbeiter an Blafatäusen bekannt gaben, am Juni/Juni/Juli 1923 gemessen 559.600 M. Im Jahre 1913 betrug der Preis für einen Zentner Roggen 8,50 M. Ende Juni 1923 wurden dafür 200.000 M. gezahlt. Hiernach mußte der schlesische Arbeitgeber im Jahre 1913 70 Zentner für den Jahreslohn ausgeben, dagegen nach dem Lohnstand im Juni 1923 nur 28 Zentner. Daß ein derartig hoher Einkommensverlust mit dem Friedensvertrag und dem Feindbund — zwei Faktoren, mit denen Dr. Feige den von ihm errechneten Lohnverlust glaubt entschuldigen zu müssen — verteidigt werden kann, ist ein starkes Stück.

## Streik der Radenoptiker.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, wird uns gefachrieben:

Nach wiederholten Versuchen, mit dem Arbeitgeberverband der Optiker eine tarifliche Regelung vorzunehmen, lehnten diese stets den Deutschen Metallarbeiterverband als nicht standesgemäße Organisation für die Radenoptiker Groß-Berlins ab. Der Arbeitgeberverband bestimmte einseitig für die Zeit ab 15. Juli für einen 22-jährigen Optiker pro Woche 898,940 M. Dieses Hungerangebot wurde in der stattgefundenen Kolberversammlung einmütig abgelehnt. Seit Mittwoch befinden sich die Optiker im Streik.

Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft, streng darauf zu achten, daß keinerlei Einkäufe in den bestreikten Betrieben gemacht werden. Nur bei der Firma Ruhle werden einigermaßen zeitgemäße Löhne gezahlt.

## Streik und Aussperrung in den Wäschereien.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns mitgeteilt: Nach erfolglosen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband fällt am Mittwoch der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, welcher den Teuerungsvorhältnissen nicht entspricht und von den Arbeitnehmern sofort abgelehnt wurde. Die Arbeitseinstellung der Handwäscher in den Wäschereibetrieben und der Kücher und Wäscher in eigenen Wäschereibetrieben war unvermeidlich, da weitere Verhandlungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren.

Wie wir in letzter Stunde erfahren, haben als Antwort auf den Streik der Transportarbeiter die Firmen Brand Wagner, Mühlenstraße, Robert Fohle, Musterhäuser Straße, Wilhelm Müller, Wäschereihof, Pappellacke und die königstädtische Dampfwäscherei, Cuornstraße, ihr weibliches Arbeitspersonal, Mitglieder des Bekleidungsarbeiterverbandes, ausgesperrt.

## Verband der Kupferschmiede 1922.

Der Verband der Kupferschmiede ist eine unserer ältesten und geschlossensten Gewerkschaften, im Laufe der Zeit aber auch eine der kleinsten Gewerkschaften geworden. Ihr Rekrutierungsgebiet besteht hauptsächlich in dem beruflichen Nachwuchs, ist also so ziemlich abgeschlossen. Obwohl Verbandstag und Verbandsvorstand sich für den Anschluß des Verbandes an den Deutschen Metallarbeiterverband ausgesprochen haben, wurde dieser gegen Ende vorigen Jahres durch Abstimmung der Mitglieder abgelehnt. Dieser Anschluß ist dennoch nur noch eine Frage der Zeit, der um so eher erfolgen wird, je weniger darauf gedrängt wird. Die Mitgliederzahl nahm um 336 zu und stieg auf 7737, worunter 481 Belehrlinge.

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen hatte der Verband in 1269 Fällen Bewegungen zu führen und in 8 Fällen drohende Verschlechterungen abzuwehren. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren in 1196 Fällen an 222 Orten mit 69.625 Personen in 6159 Betrieben zu verzeichnen. Zur Arbeitseinstellung kam es in 73 Fällen an 104 Orten mit 950 Beschäftigten in 232 Betrieben. Außerdem in den 8 Abwehrbewegungen an 20 Orten in 37 Betrieben mit 500 Streikenden. In den meisten Fällen haben sich die Bewegungen für die gleichen Betriebe und Personen mehrere Male wiederholt. Es wurden zwar wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht, doch mußten 450 Mitglieder eine wöchentlich zweistündige Verlängerung der Arbeitszeit — von 46 auf 48 Stunden — mit in den Kauf nehmen. Ingesamt erforderten die Bewegungen einen Kostenaufwand von 2.613.099 M.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 13.204.419 M., die Ausgaben 8.778.582 M. Der Jahresbericht erinnert insbesondere an den großen Kampf in der süddeutschen Metallindustrie im vorigen Jahre.

Der Vorstandsbericht über das 37. Geschäftsjahr schließt mit einer eindringlichen Mahnung zur Solidarität und Opferwilligkeit.

## Englische Arbeiterhochschulen in Deutschland.

Die „Londoner Arbeiterhochschule“ (London Labour College), die im Jahre 1909 gegründet wurde, stellt den linken Flügel der englischen Arbeiterbewegung dar. In einem Vorhaben, der noch der Genehmigung der Exekutiven des Nationalen Verbandes der Eisenbahner sowie des Bergarbeiterverbandes von Südbales bedürftig, soll für die Teilnahme an den Kursen einer der deutschen Arbeiterhochschulen ein Stipendiefonds errichtet werden. Die deutsche Delegation, welche im Monat April dem Labour College in London einen Besuch abstattete, erklärte sich bereit, die nötigen Anordnungen zu treffen. Stipendien werden an Schüler ausbezahlt, die im zweiten Studienjahr stehen. Kenntnisse in der deutschen Sprache sind dabei eine wichtige Voraussetzung. In diesem Zusammenhang findet eine Prüfung statt. Weitere Vorbereitungen sind eine gute allgemeine Bildung und methodisches Arbeiten der Bewerber. Es werden alle Kosten für drei Monate bezahlt.

**Lohnabkommen der Steinarbeiter.** Für die Woche vom 16. bis 21. Juli wurden folgende Löhne vereinbart: Werkleinbranche: Steinmetze 19.400 M., Hilfsarbeiter 17.160 bzw. 18.550 M.; Grabmalbranche: Steinmetze 19.000 M., Hilfsarbeiter 15.700 bzw. 17.950 M.; Marmorbranche: Steinmetze 19.000, Hilfsarbeiter 16.900 bzw. 18.450 M., Schleifer 18.995 M., Anfänger im Beruf 16.060 bzw. 17.240 bzw. 18.300 M., Frauen 10.580 bzw. 12.170 bzw. 13.720 M.

**Bauanschlagslactif.** Nach der am 17. Juli 1923 stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin gelten laut Schiedspruch folgende Löhne im Bauanschlagslactif: Vom 16. bis 22. Juli beträgt der Stundenlohn 21.500 M. Bei Akkordarbeit wird das 25400fache des Tarifes vom Jahre 1912 berechnet.

**Achtung, Studakture und Pipser!** Durch den Streik ist das Arbeitsverhältnis nicht ohne weiteres gelöst. Die Baudelegierten und Betriebsräte behalten ihre Funktion bei. Nur dort, wo durch den Arbeitgeber auf Grund § 12 der Gewerbeordnung die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses gegenüber Baudelegierten und Betriebsräten vorgenommen ist, muß eine Neuwahl für diese Kollegen stattfinden und ist selbst eine gegenseitige Vereinbarung der Parteien in diesem Falle zwecklos. Es muß also in solchen Fällen unter allen Umständen zu einer Neuwahl geschritten werden, da anderenfalls alle Handlungen der Rechtsorgane entbehren. J. U. C. Sched.

### Achtung, VSPD-Metallarbeiter-Funktionäre!

Der Delegiertenwahl für den Verbandstag ist ein zweites Mandat ab heute vormittag im Bureau, Lindenstr. 3, erhältlich. Jeder Betrieb muß besetzt werden! Heute alles abholen. Ausweise mitbringen. Das Bureau ist bis um 6 Uhr geöffnet. J. U. C. Sched.

**Chemische Industrie, Funktionärekommission sämtlicher Handwerker, Maschinen- und Transportarbeiter des Chemischen Betriebs am Freitag abend, 7 Uhr, bei „Hesperia“, Reichsstr. 15.**

**Achtung, Fabrikarbeiter, Chemische Industrie.** Heute, Freitag, abends 7 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdenstr. 9, Versammlung aller Funktionäre der Chemischen Industrie des Fabrikarbeiterverbandes. Bericht über den Lohnverhandlungen. Verbandsangelegenheiten und Verhältnisse des Fabrikarbeiterverbandes. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Groß-Berlin.

**Achtung, Zimmerer!** Am 12. Bezirk findet am Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, bei Reichelw. Rasmussen, D. 6, eine wichtige Bezirksversammlung statt. Es ist Pflicht aller Kameraden des 12. Bezirks, dort bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

**Weiter bis Sonnabend mittag.** Wählig warm, vielfach heiter, aber veränderlich und besonders im Norden an vielen Orten etwas Regen; frühmorgens Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Götter, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Götter, Berlin; Neulieton: Dr. John Götter, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Felix Schiff, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: J. Götter, Berlin. Verlag: Hermann-Berlin O. G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Otter 1 Berlin.

# Seciferrin

flüssig und in Tabletten

## Nervenzstärkend-blutbildend

Bei Blutarmut, Bleichsucht, daniederliegender Ernährung, bei körperlicher u. geistiger Niedergeschlagenheit verordnet Aerzte Laciferrin, das vertrauenswürdigste Nähr- u. Blutaufrichtungsmittel für Erwachsene und Kinder. Laciferrin wird infolge seines angenehmen Geschmacks u. der sehr schnell eintretenden Wirkung gerne genommen.

Jeweils 2,5%, Leichte 2,0%, Zuder 1%, Gerbstoffgehalt gering.

Calcuta Chemische Industrie Frankfurt am Main



# Nahrungsmittelfälscher an der Arbeit.

### Geldentwertung und Preissteigerung verführen zum „Strecken“.

Dah bei den ständig in die Höhe gehenden Preisen der Anreiz zu Nahrungsmittelfälschungen besonders groß ist, bedarf keiner umständlichen Beweise. Eine Festätigung dieser Tatsache wurde unserem Mitarbeiter, der sich deswegen mit dem Referenten im Preussischen Wohlfahrtsministerium, Ministerialdirektor J u d e n a c h, in Verbindung setzte, zuteil. Herr Judenach erklärte unserem Mitarbeiter folgendes: Die Nahrungsmittelfälschungen, auf Grund der man heute Nahrungsmittelfälschungen verfolgen kann, ist etwas veraltet. Sie stammt aus dem Ende der 70er Jahre und trägt das Datum des 14. Mai 1879. Sie soll in allerhöchster Zeit durch ein neues Reichsgesetz ersetzt werden, das die Möglichkeit bietet, durch Erlass entsprechender Ausführungsbestimmungen neu auftauchende Mißstände schnell zu bekämpfen.

## Milch, Butter, Margarine.

Von den hauptsächlich gefälschten Nahrungsmitteln erwähnen wir die folgenden: Milch wird oft in plumper Weise verewässert und enthält, um für die Butterherstellung Ueberfluß zu gewinnen. Nach geltendem Recht soll eine hochwertige natürliche Vollmilch einen Mindestfettgehalt von 2,7 % haben. Bei Butter wird durch Zusatz von Wasser und Margarine das Gewicht unzulässig erhöht und außerdem die Nährkraft erheblich beeinträchtigt. Margarine wird häufig als Butter verkauft. Infolge der hohen Fett- und Margarinepreise wird Margarine häufig mit sehr hohem Wasser- gehalt hergestellt. Normalwassergehalt 10 Proz. Außerdem wird, da viele mit der weiteren Entwertung der Mark rechnen, von Kaufleuten sehr stark in Margarine spekuliert. Sie kaufen reichliche Mengen ein und lassen diese Mengen entsprechend lange lagern. Die Folge ist, daß sie ranzig wird. Dadurch wird nicht nur der Käufer geschädigt, dem wertvolle Nahrungsmittel auf diese Weise verloren gehen, sondern auch die gesamte Volkswirtschaft, denn die Fettmengen an Fett, die auf diese Weise entstehen, müssen gegen Goldwährung im Auslande gekauft werden.

In der Zeit der Hitze dürfte es von Interesse sein, etwas über die Frischhaltungsmittel der Milch zu wissen. Zu verwenden sind chemische Mittel wie Doppelkohlensäure Natron; Natron bindet zwar die Milchsäure, bewirkt aber andererseits, daß nun nicht nur die Milchsäurebakterien, sondern auch andere Mikroorganismen nach Fortnahme der ihnen abträglichen Säure umso üppiger sich entwickeln. Andere Konservierungsmittel sind das Formalin, das aber noch in stärkster Verdünnung einen widerlichen Geschmack hinterläßt und nicht ohne Einfluß auf den Darm der Kinder ist. Ebenso unvorteilhaft ist die Konservierung mit Wasserstoffsuperoxyd und Ozon. Das beste Mittel, um die Milch vor dem Zerfallen zu bewahren, ist das wiederholte Pasteurisieren, das ist ein Erhitzen der Milch auf 85 Grad unter Luftabschluß mit sofort darauffolgendem Abkühlen; dadurch werden die zerklebenden Bakterien abgetötet und es können keine neuen hinzukommen. Ebenso besteht für die teure Butter die Absicht, sie durch Zusatz von Chemikalien, wie Boraxsäure, Salzsäure und dergleichen frisch zu erhalten. Alle diese Mittel sind durch Reichsgesetz verboten. Das beste Frischhaltungsmittel ist die Aufbewahrung in einem durch Eis auf 4-5 Grad C abgekühlten Raum.

## Fleisch, Wurst, Fischkonserven.

Den Schlächter läßt der Eifer der anderen Nahrungsmittel- verfertiger nicht ruhen. Er fristet ebenfalls seine Waren. Den Wurstfälscher rätet er mit Stärke- oder Mehlbrei, das Hackfleisch mit Wasser, die Blutwurst mit Kartoffeln an. Was heute im großen Umfange als geschlachtetem Lachsfleisch feilgeboten wird, ist häufig nichts anderes als künstlich gefärbtes Fleisch der billigen See- fische. Diese müssen auch mit ihrem Roggen den Stoff zum so genannten „Kaviar“ liefern, mit schwarzen Färbemitteln wird nach- geholfen, so daß dieser Roggen im Aussehen von echtem Kaviar kaum zu unterscheiden ist. Mit Hilfe künstlicher Färbung der Wurstbäume wird bei diesen der Ansehen erreicht, als ob sie besonders gut geräuchert wären. Hack- und Schabefleisch erhält durch Präservelat eine lebhaft rote Farbe, um frische vorzutäuschen. Aus leeren Büttern werden verdorbene Reste zusammengedrückt und ausge- schmolzen, mit frischer Butter vermischt und dann als Butter

verkauft. Besonders stark sind die Fälschungen von Kakao. Es werden Kakaoshalen als preiswerter Kakao angeboten. Die minder- wertige Qualität kann man schon daran erkennen, daß das Getränk nicht gleichmäßig färbig ist, sondern schnell einen sandig schmeckenden Bodensatz abscheidet.

Gerade im Sommer finden häufig Fälschungen von Fleisch- waren statt; dazu werden besonders die Mittel zur Frischhaltung verwendet. Alle Chemikalien sind wegen ihrer nachteiligen Wirkung auf den menschlichen Darm zu verwerfen. Boraxsäure und ihre Präparate können die Entstehung von überlebenden Erzeug- nissen verhindern oder verzögern. Am häufigsten werden Schwefel- salzsaure Salze besonders Schwefelsäure Natron verwendet, besonders als Frischhaltungsmittel für Hackfleisch. Die Schwefelsäure verändert den Blutroststoff nicht; im Gegen- teil, ein bereits grau gewordenes Stück Fleisch nimmt nach Bei- gabe von Schwefeliger Säure eine schöne rote Farbe an. Durch eine Bundesratsverordnung vom 18. Februar 1902 dürfen zur Frisch- haltung von Fleisch keine Chemikalien irgendwelcher Art ein- schließlich der Farbstoffe zur Verbesserung des Aussehens ver- wendet werden.

Man könnte diese Aufzählung von Nahrungsmittelfälschungen ins unendliche vermehren. Die Hausfrau kann nichts weiter hier- gegen tun, als sich mit ihren Einkäufen an Firmen halten, die ihr als zuverlässig und reell bekannt sind. Hat sie nur den leisesten Verdacht einer Fälschung, so muß sie sich an das zu- ständige Polizeirevier wenden; das Polizeirevier entnimmt eine Probe der zu beanstandenden Ware und läßt sie chemisch untersuchen. Wenn der Untersuchungsbesund negativ ist, dann er- wachen der Angeberin hieraus nicht die geringsten Scherereien. Ist er positiv, dann werden natürlich die zur Bestrafung der Fälschung notwendigen Maßnahmen getroffen. Von sich aus hat aber das Städtische Nahrungsmittelunterstützungsausschuss eine Reihe von Beamten, die in vielen Geschäften Proben von Waren ent- nehmen und wenn ihnen diese Proben verdächtig erscheinen, mit Hilfe eines amtlich angestellten geschulten Chemikers die Feststellung, ob eine Fälschung vorliegt oder nicht, machen. Die Polizei allein ist ohnmächtig gegen die vielen Fälschungen, wenn sie nicht beim Publikum die nötige Unterstützung und Mithilfe findet.

## Jugendliche auf der Straße.

Vor einiger Zeit wurden an dieser Stelle in drei Ausgaben „Kinder auf der Straße“ erzählt, wie sich im allgemeinen die geistliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Großstadtkindes gestaltet. Ein verwandtes Thema soll in folgendem angeführt werden.

Jedermann weiß, daß die Benußsucht der Erwachsenen heute größer denn je ist, und daß der Luxus, den wir auf allen Straßen und Plätzen Berlins sehen — wir müssen natürlich die reinen Proletariatsviertel davon ausnehmen —, auf die heranwachsende Jugend nur als schlechtes Beispiel wirken kann. Es ist einleuchtend, daß der junge Schelling, der 17 000 M. im Monat verdient, nicht Oberhemden und Schminnschuhe tragen kann. Aber doch ist sein ganzes Denken und Trachten oft darauf gerichtet, das nötige Kleingeld in die Finger zu bekommen, um sich als Kanakker bewegen zu können. Nicht selten sind die Fälle, in denen sturperhaft gekleidete Burschen im Alter von 14 bis 17 Jahren hohe Weine und Alko- holsachen machen, ihren „Bräuten“ Blumen kaufen usw. Da werden dann Mädchen vom geschenkten Dollar, von Botengängen für den Chef, von verlaufenen Rotgeld- und Briefmarkensammlungen erzäh- len, die die Eltern leichtgläubig gar zu oft glauben. Wie kommen die Jungen zu dem Geld? — Sie haben noch zwei bis drei Stunden Freizeit, ehe sie in die Volkshilfsschule gehen, die sie zum Spaziergehen benutzen; oder sie machen abends zu ihrer Er- holdung einen kleinen Spaziergang. Sie bleiben zuweilen an einem der eleganten Geschäfte stehen und bewundern die Auslagen. Da gefestigt sich ein besserer, anscheinend gutsituerter Herr wie ganz zu-

fällig zu, der mit ihnen ein Gespräch über die teuren Zeiten und das geringe Taschengeld anknüpft. Er hat volles Verständnis für die Sorgen und Räte der jungen Menschen. Man plaudert ange- regert und beschließt die Bekanntschaft in einer Konditorei, wo der nette Herr die Tasse Kaffee und den Kuchen bezahlt. Man verab- redet eine erneute Zusammenkunft, die auch bald stattfindet. Der neue Freund ist freigebig, bezahlt das Eintrittsgeld für das Kino, für ein Rotorradrennen usw. Schnell ist eine feste Freundschaft geschlossen, die dem Jungen nun das Geld verschafft, um seinen Neigungen folgen zu können. Aber die Kehrseite der Medaille! Der Junge ist einem Homosexuellen — es gibt mehr in Berlin als die Eltern ahnen — in die Hände gefallen, der nun seinen unheil- vollen Einfluß auf den bisher unverborenen Jugendlichen aus- zudehnen beginnt.

Kehnlid liegen die Verhältnisse bei den jungen Mädchen, die mehr noch als die Jungen der Ruh- und Vergnügungssucht ver- fallen. Selbstverständlich verdienen die wenigsten von ihnen so hohe Summen, daß sie sich es leisten könnten, dem steten Wechsel der Mode zu folgen und sich all die herrlichen Sachen wie Flor- strümpfe, feine Wäsche, schöne Stiefel, Blusen, Konfekt und Schoko- lade zu kaufen. Aber sie sehnen sich alle nach diesen Dingen und warten auf den Märchenprinzen, der ihnen diese zu Füßen legen soll. Auch sie machen ihre Spaziergänge, auch sie müssen auf ihrem Wege vom und zum Geschäft durch die dichtbelebten Straßen der Großstadt, in denen stets Männer auf der Suche nach einer Mäd- chenbekanntschaft sind, die ihren Wünschen gern und bald Folge leisten werden. Alle diese Männer zeigen zunächst nicht ihr wahres Gesicht, sie bewegen sich anfangs durchaus als Kanakker, bewahren stets den guten Ton, was bei den jungen Mädchen fast nie die Wirkung verfehlt. Sie haben die Bekanntschaft eines „feinen und netten Herrn“ gemacht! Das Mädchen erhält auch keine Geschenke, ein Täschchen, Handschuhe oder einen Ring. Danach bleibt man abends später aus, wenn auch die Eltern schelten. Oft erfährt der Vater nichts davon, da die Mutter es ihm verheimlicht; glaubt sie doch, daß ihre Tochter auf dem richtigen Wege ist, eine „feine Partie“ zu machen. So kommt es denn, daß manche Mädchen einen Liebhaber nach dem anderen haben, wobei es ihnen möglich ist, über größere Geldmittel als bisher zu verfügen und sich, natür- lich in entsprechender Kleidung, in den Strudel der Vergnügungen der Großstadt zu stürzen, in dem gar zu viele bald jede Lust zu ernster Arbeit verlieren und manche, an Leib und Seele krank, untergehen.

## Diebstahl in der Nationalgalerie.

### Ein wertvoller Spitzweg gestohlen.

Die Bilderdiebe in den Museen sind fortgesetzt an der Arbeit. Jetzt hat die Nationalgalerie einen unerwarteten Verlust erlitten. Ein wertvolles Bild, „Der heimkehrende Krieger“ von Spitzweg, ist aus dem Rahmen herausgerückt und gestohlen worden. Die Feststellungen ergaben, daß der Diebstahl erst kurz vor der Entdeckung verübt worden ist. Die Nationalgalerie wurde sofort abgeschlossen, und die anwesenden Besucher mußten sich eine Durchsicherung gefallen lassen. Unter ihnen befand sich jedoch der Dieb nicht mehr. Er muß mit seiner Beute das Gebäude un- verzüglich verlassen haben und wird voraussichtlich alsbald verhaften, das Bild, das in Öl auf Pappe gemalt und ohne Rahmen 18 x 22 Zentimeter groß ist, zu Geld zu machen. Kunsthändler, Antiquarier und Liebhaber werden vor dem Ankauf gewarnt. Mit- teilungen über das Aufsuchen des Bildes und zur Ermittlung des Diebes nimmt die Dienststelle B. 1.3 des Kriminalkommissars Treitin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Ueberzogene Banknoten.

Massenüberhebungen von Kontoinhabern, die vor einigen Mo- naten bei der Bank des Berliner Beamtenvereins in der Lin- denstraße vorgekommen waren, verurteilten damals erhebliches Auf- sehen. Ein neuer Geschäftsführer entdeckte, daß eine ganze Reihe von Beuten Beträge erhalten hatten, die weit über ihr Konto hinausgingen. Jetzt ist wieder so ein Fall bei dem Spar- und Darlehensverein in der Potsdamer Straße festgestellt worden. Eine Postgehilfin Meta B. vom Postfachamt hat hier ihr Konto mit 2 1/2 Millionen Mark überzogen. Sie ent- schuldigte sich damit, daß sie geglaubt habe, ihr Freund würde den Betrag überwelsen. Es wurde aber festgestellt, daß dieser ihr

## Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Und Gude erkannte seine eigene steife Zurückhaltung, seinen genau rechnenden Stil, das Herkommen, mit dem er durch Erbe und Schulzucht sein Gemüt umgab, und das vielleicht wie ein Panzer schützte, meist aber drückte. Pauli konnte aus- gelassen und kameradschaftlich Gerdas Arm nehmen, und wenn er lachte, so lachte sie mit. Das Zeit des Zigeuner- magens umgab beide. Jetzt sah sie dort im Winkel und lächelte still. Nur ab und zu fand ihr Blick das Gesicht des Banjomannes, und ein Schauer ging durch ihre Schultern.

Pauli winkte mit der Hand: „Und nun einen Tanz, einen Schimmy oder Go on!“

Bedelnd, kühelnd, grotesk und albern kam eine neue Melodie von dem messingblanken Banjo. Die Junge des Tätowiermannes zeigte sich wie eine unkeusche Geste, ein- geweidertartig blau, im Taft schlüpfend, hinter den schwarzen Zähnen.

Gerda hatte sich erhoben. Ihr Blick leuchtete dunkel in tiefem Ernst, die Zähne funkelten weiß. Der Rhythmus ließ ihre Brust wogen, ihre Knie sich regen.

Pauli lachte, legte den Arm um sie, tanzte jedoch nicht, fast mit einem Würfe führte er sie zögen Start zu, der zurück- gelehnt in seiner nachlässigen Ruhe auf dem niedrigen Stuhl saß.

Gerdas Augen bekamen einen Schimmer wie Stahl. „Kommen Sie!“ flüsterte sie. „Wollen Sie?“

Stark stand auf. Der blanke schwarze Nacken erhob sich witternd wie eine Kobra, ganz leicht vom Rhythmus gewiegt. Sein Körper glitt an dem ihren entlang, bis ihre Hände, ihre Hüften, ihre Schultern sich trafen. Dann führte er sie leise mit sich, ließ sich mit ihr von der Musik tragen, wohin sie wollte, sein Antlitz war stumm wie zuvor, aber in die dunklen Augen kam Licht. Bewußtlos tanzten sie beide, berauscht, wiegend und wehend, zitternd wie zwei Palmen, die von demselben Lufthauch bewegt werden.

Es war Nacht geworden. Der Hafen war still. Sterne waren nicht zu sehn, doch auf dem Wasser blinkten die Lichter in der Ferne.

Das Banjo schwieg. Die Tanzenden trennten sich. Start sank, unbeweglich wie zuvor, auf seinen Stuhl zurück. Aber plötzlich spürte Gude keinen Blick, hobvoll, gerührt — wie

den eines Mannes, der für einen Augenblick aus der Markose erwacht ist und die Messerspitze fühlt.

„Kommen Sie her, Johnson!“ rief Pauli. „Zeigen Sie uns Ihre Marke!“

Der Tätowiermann zeigte bereitwillig seine Marke: die in seine Handfläche gezeichnete ausgestreckte Frauenhand. Gerda hatte sich genähert, ein eigenes heimliches Genießen zitterte um ihren Mund. Sie stützte sich vertraulich auf An- dreas Paulis Arm.

Johnson öffnete die Hand dicht vor ihren Augen: „Ach habe die Hand meiner Liebsten in meiner,“ sagte er gedämpft, die Stimme war rau und doch melodisch. „Die Hand meiner Liebsten in meiner — immer!“ Er lachte. Gerda trat einen Schritt zurück und wurde etwas bleicher als zuvor.

Es fiel Gude auf, daß der Mann sie zu kennen schien und sie ihn. Möglicherweise erinnerte sie sich seiner aus ihrer Kindheit in Njhavn. Ob er wohl einer der Männer war, die in einem halbdunkeln Lortweg lauerten und durch eine Geste oder durch Worte die kleinen Kinder des Viertels verlockten? Er war von einem Dunst aus der unsätligen Tiefe Njhavns, von dem stinkenden Atem aller Kneipen und Keller umgeben. Halb im Protest trat Gude näher. Gerda lächelte schwach, doch sichtbar leuchtete ohne Furcht, ihre Nasenflügel vibrier- ten leise.

Andreas Pauli schob den Ärmel von seinem Handgelenk zurück. „Seht,“ rief er munter, „hier ist meine Marke!“ In Rot und Blau waren auf seinem Arm zwei ineinander- gehende Triangel tätowiert. „Seht her!“ sagte er. „Das Flaggenzeichen der Dänischen Werft und ihrer Schiffe!“

Er ließ den Tätowiermann die Sammlung schmieriger kleiner Karten, die er als Muster und Reklame bei sich hatte, zeigen: Meerfrauen, Fregatten und Hände, die in einem mit der Mühe der Republik geschmücktem Buchentrang Brüder- schaft schlossen. Sie wären namentlich bei Kommunisten be- liebt, erklärte Johnson.

„Zeigen Sie uns Ihre Nadeln!“ befahl Pauli.

Johnson öffnete ein Etui. Auf fettigem Samt lagen die langen Nadeln mit gelben Beingriffen; auf jeder steckte ein Korfen.

Blicklich ergriff Pauli Gerdas Hand. Sein Gesicht wurde dunkelrot. Seine Finger tasteten an dem Ärmelknopf ihrer Bluse herum.

„Und nun Sie, Gerda,“ flüsterte er, „zeigen Sie uns, welche Marke Sie tragen!“ Blickschnell schob er ihren Ärmel

hinauf. Der Arm fuhr wie ein Schwert aus seiner Scheide, bebend, leuchtend weiß im Licht der Laterne. Ihr Blick streifte für einen Augenblick Gude, lockend und hart.

Sie machte sich nicht frei, sie zitterte, als ob sie fröre, ließ ihn aber ihre Hand behalten, während ihr Blick schwarz wurde.

„Kommen Sie her!“ rief Pauli. „Tätowiermann! Hier will ich meine Marke haben. Die Marke der Dänischen Werft! Kommen Sie her, zeichnen Sie heute mit Tusch, morgen stechen wir sie mit Nadeln! Wollen Sie, Fräulein Gerda, oder sind Sie bange?“

Sie zeigte die weißen Zähne und schüttelte heftig den Kopf: Bange war sie nicht!

Der Tätowiermann war noch einen Schritt näher ge- treten. Seine Hand froh, bleigrau, breit, hervor, öffnete sich, und in ihrer Fläche lebte unbeschreiblich obszön die kleine Frauenhand. Sie berührte Gerdas Haut.

Gude trat schnell einen Schritt vor. „Gehen Sie!“ befahl er kurz. „Gehen Sie an Land. Augenblicklich!“

Der Mann duckte sich, schielte zu Andreas Pauli hin, doch der sah grinsend auf seiner Bank und sagte nichts. Langsam wandte der Tätowiermann sich um, steckte sein Banjo in die Hüfte, nahm seine Nadeln und ging lautlos in seinen Segel- tuchschuhen an Land.

Gerda sah auf ihrer Bank, ihre Absätze trommelten wütend gegen das Deck. Ein feindlicher Schimmer trat in ihre Augen. „Das war dumm,“ sagte sie, „daß Sie ihn gehen ließen.“

Gude nickte. „Möglich!“ antwortete er trocken. „Biel- leicht war es dumm, daß ich Sie gehindert habe, ihr Blut mit dem der gestrigen Hafenkunden zu mischen!“

Er verabschiedete sich und ging nach vorn in seine Be- haufung.

Es wurde Gude später klar, daß Andreas Pauli ihm seine Marke im Ernst gezeigt hatte. Mehr vielleicht, als er selbst gedacht hatte.

Er erinnerte sich des lüsteren Schimmers in Paulis Augen, der wilden Zuckung in seinem Gesicht — einer Eruption ungesunder innerer Triebe, die der kranke Nero in ihm für einen Augenblick entzündet hatte.

Für Gude war es sicher, daß auch in Andreas Paulis Leituna der Dänischen Werft zahlreiche derartige Reblitte, Ausschläge einer inneren Entzündung geschehen waren, die sich Krampfhaft Luft machten. — (Fortsetzung folgt.)











